



Bevölkerungsforschung Aktuell

Analysen und Informationen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Ausgabe 4 • 2014
35. Jahrgang

Liebe Leserinnen und Leser,

die Beantwortung der Frage, wodurch das Geburtengeschehen eigentlich beeinflusst wird, spielt in der aktuellen Debatte eine zentrale Rolle. Frühere Erklärungsansätze konzentrierten sich vor allem auf die ökonomischen Faktoren wie etwa die gestiegenen Opportunitätskosten von Elternschaft oder strukturelle Ursachen wie fehlende Möglichkeiten zur Vereinbarung von Familie und Beruf. Diese Konzepte haben aber Defizite. So können sie beispielsweise die nach wie vor existierenden unterschiedlichen Fertilitätsmuster in West- und Ostdeutschland (sowie auch in Europa) nicht ausreichend erklären.

Hier bedarf es daher eines Erklärungsansatzes, der die kulturell verankerten Verhaltensweisen der Menschen in den Fokus rückt. In Frage kommt hier das Konzept der Familienleitbilder. In diesem Ansatz, der derzeit einen Forschungsschwerpunkt am BiB darstellt, wird davon ausgegangen, dass die Geburtenentwicklung nicht nur von strukturellen und ökonomischen Rahmenbedingungen abhängt, sondern auch durch kulturelle Leitbilder, wie sie zum Beispiel in der idealen Partnerschaft oder dem Ideal der „guten Mutter“ existieren, gestaltet wird. Dabei werden unter Leitbildern normative Erwartungen und Idealvorstellungen verstanden, die sich auf die Prozesse der Familiengründung und die Ausgestaltung des Familienlebens richten.

Vor diesem theoretischen Hintergrund untersuchen Sabine Diabaté und Kerstin Ruckdeschel den Zusammenhang zwischen individuellen Partnerschaftsleitbildern (also der idealen Partnerschaftsvorstellung) und dem Kinderwunsch.

Prof. Dr. Norbert F. Schneider,
Direktor des BiB

Glückliche Partnerschaft gleich glückliche Eltern? – Zum Zusammenhang von Partnerschaftsleitbildern und Kinderwunsch



Ein zentrales Fundament für die Lebenszufriedenheit ist noch immer eine zufriedenstellende Beziehung. Dabei stellt sich allerdings die Frage nach dem Leitbild einer idealen Partnerschaft. Wie sieht diese eigentlich aus? Gehören auch Kinder zum partnerschaftlichen Glück dazu? Dieser Zusammenhang spielt vor allem im Hinblick auf die Geburtenentwicklung in Deutschland eine entscheidende Rolle, zumal sich eine große Mehrheit der Befragten eigene Kinder wünschen.

Unklar war bisher, welche Erwartungen die Gesellschaft an den Einzelnen hat und welche Partnerschaftsleitbilder bei jüngeren Menschen momentan existieren. Obwohl in der Familiensoziologie häufig Vor- und Einstellungen zur Partnerschaft untersucht wurden, gibt es Defizite bei der Frage, welche Normalitätsvorstellungen Menschen in der Gesellschaft wahrnehmen und wie diese mit den individuellen Vorstellungen übereinstimmen. Daher untersucht der Beitrag auf der Grundlage der Studie des BiB zu Familienleitbildern in Deutschland, welche individuellen und gesellschaftlichen Partnerschaftsleitbilder existieren und ob sich Zusammenhänge zwischen partnerschaftlichen Leitbildern und der Wunschkinderzahl nachweisen lassen. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass die Einstellungen mit dem Kinderwunsch zusammenhängen. ➡ Seite 2

Fachkräftemangel und Zuwanderung: Bleibeabsichten heutiger Arbeitsmigranten in Deutschland

Der demografische Wandel wird in vielen europäischen Staaten mittel- und langfristig zu einer Schrumpfung des Erwerbspersonenpotenzials führen. Daher haben die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts damit begonnen, ihre Arbeitsmigrationspolitiken grundlegend zu reformieren. Der Beitrag, den in diesem Zusammenhang die Zuwanderung bei der Bewältigung eines möglichen Fachkräftemangels spielen kann, hängt neben den Qualifikationen der Migranten allerdings auch wesentlich von deren Absichten ab, im Zielland zu bleiben. Zu diesem Thema liegen bisher nur sehr wenige Informationen vor. Erschwerend kommt hinzu, dass vorhandene Forschungsergebnisse zu den Rückwanderungsprozessen früherer Migrantengenerationen auf die heutige Situation kaum übertragbar sind. Der Beitrag gibt daher



einen Einblick in die Zusammenhänge zwischen den Bleibeabsichten heutiger Arbeitsmigranten und ausgewählten Aspekten ihrer ersten Integrationserfahrungen. Die Analysen zeigen unter anderem, dass insbesondere eine erfolgreiche sozio-kulturelle Integration einen positiven Einfluss auf die Bleibeabsicht hat. ➡ Seite 9





Sabine Diabaté und Kerstin Ruckdeschel (beide BiB)

Glückliche Partnerschaft gleich glückliche Eltern? – Zum Zusammenhang von Partnerschaftsleitbildern und Kinderwunsch

Hand in Hand in die gemeinsame Zukunft – diese oder ähnliche romantische Vorstellungen und Bilder haben die meisten Menschen vor Augen, wenn sie sich eine glückliche Partnerschaft vorstellen. Aber wie sieht eine ideale Partnerschaft eigentlich aus? Was gehört zum partnerschaftlichen Glück dazu – auch Kinder? Es existieren viele Erwartungen und Ansprüche, die die Dauerhaftigkeit und Qualität einer Beziehung garantieren sollen. Dabei bezieht sich das, was als „ideal“ oder „normal“ gilt, in Industrieländern heutzutage vor allem auf emotionale Aspekte wie gegenseitige Liebe und Vertrauen. Ökonomische Absicherung steht nicht mehr an erster Stelle, weil Frauen sich heutzutage besser als früher durch eigene Erwerbsbeteiligung selbst versorgen und absichern können.

Eine zufriedenstellende Beziehung ist jedoch noch immer ein zentrales Fundament für die Lebenszufriedenheit (Bodenmann 2001: 85). Aber was macht eine gute Partnerschaft aus? Sollten Paare, wenn sie dauerhaft zusammen bleiben wollen, heiraten und Kinder bekommen? Unklar ist vor allem, welche Erwartungen die Gesellschaft an den Einzelnen hat und welche Partnerschaftsleitbilder bei jüngeren Menschen momentan existieren. In der Familiensoziologie wurden häufig individuelle Vorstellungen und Einstellungen zur Partnerschaft untersucht. Jedoch ist unbekannt, welche Normalitätsvorstellungen Menschen in der Gesellschaft wahrnehmen und wie diese mit den individuellen Normalitätsvorstellungen übereinstimmen. Ziel dieses Beitrags ist es daher, zu prüfen, welche individuellen und gesellschaftlichen Partnerschaftsleitbilder existieren und wie sie mit dem Kinderwunsch zusammenhängen.

Überblick zu Theorie und Forschungsstand

Die Erforschung von Partnerschaften hat eine lange Tradition in der Familiensoziologie. Es gibt sehr unterschiedliche Zugänge¹, neuere Studien fokussieren vor allem das partnerschaftliche Kommunikations- und das Konfliktverhalten, die wiederum maßgeblich mit der Partnerschaftszufriedenheit zusammenhängen².

Partnerschaftliches Glück wird mit einer Vielzahl an Faktoren in Verbindung gebracht: Unterschieden werden dabei z.B. paar-interne (endogene, d.h. innerhalb der Beziehung existierende bzw. entstandene) und paar-externe Faktoren (exogene, d.h. von außen kommende). Wenig erforscht ist bislang aber, wie Idealvorstellungen zur Partnerschaft mit dem Kinderwunsch zusammenhängen. Bekannt dazu ist, dass von außen wahrgenommene Erwartungen an die Partnerschaft, wie die Erwartung, eine Familie zu gründen, die Entscheidung für eine Familiengründung beeinflussen können. Es existieren Normen des Timings für elementare Lebensereignisse, die sich auf ein bestimmtes Lebensalter beziehen, in dem Teilübergänge erfolgen sollten und auch darauf, wie viel Zeit zwischen Übergangsereignissen idealerweise liegen sollte (Billari/Wilson 2001; Dommermuth 2008). Innerhalb jeder Gesellschaft existieren also besondere kulturelle Normen, die die Partnerschaftsgestaltung von Menschen beeinflussen. Es ist des Weiteren anzunehmen, dass bestimmte Idealvorstellungen, wie z.B. die Ehenorm oder die Überzeugung, dass Partnerschaften dauerhaft halten können, einen Zusammenhang mit dem Kinderwunsch aufweisen, weil sie Bestandteil eines übergreifenden kulturellen Leitbildes sind. Leitbilder werden in diesem Zusammenhang definiert als „kollektiv geteilte bildhafte Vorstellungen des „Normalen“, das heißt von etwas Erstrebenswertem, sozial Erwünschtem und bzw. oder mutmaßlich weit Verbreitetem, also Selbstverständlichem. Leitbilder und Normalitätsvorstellungen sind grundsätzlich realisierbar und als Handlungsorientierung konzipiert. (...) Die zu einem Familienleitbild verbundenen Vorstellungen sind in sich konsistent und werden miteinander assoziiert“ (Diabaté/Lück 2014: 56). Bedeutsam ist außerdem, Leitbilder hinsichtlich ihres

¹ In der Forschung gibt es neuere Ansätze, die die Bedeutung von Stress und Spannungen durch Alltagsbelastungen in der Beziehung als negative Prädiktoren für die Paarqualität und -stabilität in den Mittelpunkt rücken. Es konnte in diversen Studien belegt werden, dass besonders der partnerschaftliche Umgang (dyadisches Coping bzw. Stressbewältigung) entscheidend ist für eine günstige Prognose der Paarbeziehung (vgl. Überblick: Bodenmann 2003) und Konflikte daher nicht nur negativ, sondern auch positiv für die Weiterentwicklung einer Partnerschaft sein können (Wagner/Weiß 2010).

² Zum Beispiel Wagner/Weiß 2008; Arránz Becker 2008; Grau/Bierhoff 2003; Karney/Bradbury 1995; Überblick über den Forschungsstand der 1990er Jahre bei Bradbury et al. 2000.

strukturellen und prozessualen Charakters zu differenzieren: Strukturelle Partnerschaftsleitbilder sind demnach Vorstellungen, wie Partnerschaft im Allgemeinen ist oder idealerweise zu sein hat und dass zu einer „idealen“ Partnerschaft auch der Wunsch nach einer Familiengründung gehört. „Dabei geht es um eine inhaltliche bzw. charakteristische Struktur bzw. Ausgestaltung des Familienlebens und der dazugehörigen Akteure (ohne Zeitbezug).“ (Diabaté/Lück 2014: 57). Prozessuale Partnerschaftsleitbilder hingegen „beziehen sich auf Phasenlängen und Übergangszeitpunkte“ in der Partnerschaftsbiografie (mit Zeitbezug)“ (ebenda), also zum Beispiel auf den „richtigen“ Zeitpunkt zur Familiengründung. Sie werden in der Forschung auch als „life scripts“ bezeichnet (z.B. Janssen/Rubin 2011; Rubin/Berntsen 2003). Dahinter steht die Idee, dass es eine „Normalbiografie“ gibt, in der zentrale biografische Ereignisse jeweils in bestimmten Altersphasen passieren.

Für den Zusammenhang von Kinderwunsch und partnerschaftlichen Idealvorstellungen ist anzunehmen, dass insbesondere Personen mit bürgerlich-konventionell orientierten, stabilitätsbefürwortenden Partnerschaftsleitbildern häufiger einen Kinderwunsch haben als solche, die eher stabilitäts skeptisch denken, da Kinder eine langfristige Bindung darstellen. Außerdem könnte man annehmen, dass ein traditionelleres Partnerschaftsleitbild mit einer höheren gewünschten Kinderzahl einhergeht. Hintergrund ist, dass die Realisierung des Kinderwunsches ein zentrales Element eines bürgerlichen Familienleitbildes ist, das sich stark an der 2-Kind-Norm orientiert. Mögliche weitere Elemente eines solchen partnerschaftlichen Leitbildes sind die Ehenorm, d.h. der

Druck, eine Partnerschaft durch die Eheschließung zu institutionalisieren, einhergehend mit der Übernahme des Nachnamens des Ehemannes, sowie auch der Glaube daran, dass eine Partnerschaft auch langfristig (lebenslang) funktionieren kann.

Datengrundlage und Methode

Fragestellungen, die gesellschaftliche Leitbilder zum Thema haben, wurden bislang so gut wie nicht untersucht. Insofern bietet die aktuelle Familienleitbildstudie des BiB von 2012 die ideale Datengrundlage. Ziel der repräsentativen bundesweiten Befragung³ ist es, die Verbreitung unterschiedlicher Leitbilder in räumlicher Hinsicht, etwa in Ost- und Westdeutschland, und innerhalb verschiedener sozialer Gruppen, wie etwa Bildungs- und Altersgruppen zu untersuchen. Dabei soll geklärt werden, wie persönliche Anschauungen, verbreitete kollektive Vorstellungen und die Realität der eigenen Lebenssituation zueinander im Verhältnis stehen. In Bezug auf Partnerschaftsleitbilder heißt dies, dass die Zustimmung zu verschiedenen Partnerschaftsaspekten erhoben wurde. Dazu zählt sowohl die persönliche Meinung der Befragten, als auch die wahrgenommene Meinung in der Gesellschaft⁴. Außerdem wurden verschiedene Aspekte des Partnerschaftserfolges abgefragt, wieder auf beiden Ebenen. Es wurden zusätzlich detaillierte Informationen zur Familiensituation und zum (weiteren) Kinderwunsch erhoben. Für die Analysen wurden alle Befragten (N=5.000) mit einbezogen (20- bis 39-Jährige), also sowohl Personen mit als auch ohne Partnerschaft, da es um die Idealvorstellungen von Partnerschaft geht. Zur Bildung des Index wurden sieben Variablen⁵ mit einer 4er-Skala aus dem Fragebogenkomplex „Partnerschaftsleitbilder“ verwendet. Sie wurden durch eine Faktorenanalyse⁶ ausgewählt, die die gemachte Vorannahme bestätigt, nämlich dass es einerseits bürgerlich-konventionell orientierte, stabilitätsbefürwortende und andererseits stabilitäts skeptische individuelle Partnerschaftsleitbilder gibt.

³ Insgesamt nahmen 5.000 Personen an der Studie teil. Die standardisierte telefonische Befragung wurde im Zeitraum von August bis November 2012 im Auftrag des BiB von TNS Infratest Sozialforschung bundesweit durchgeführt. Die Interviews dauerten ca. eine halbe Stunde. Um die verschiedenen Forschungsziele umsetzen und insbesondere die Erfassung der unterschiedlichen Einstellungsebenen gewährleisten zu können, wurde ein spezifisches Erhebungsinstrument entwickelt. Der Fragebogen enthält Fragen zu persönlichen Vorstellungen und Leitbildern sowie zu gesellschaftlich wahrgenommenen Leitbildern bezüglich der Themen Partnerschaft, Ehe, Familiengründung, Mutter- und Vaterrollen, Eltern-Kind-Beziehung sowie Kinderlosigkeit und -reichtum. Weitere Informationen finden sich unter www.bib-demografie.de/leitbild und erste Ergebnisse in einer BiB-Broschüre (Gründler et al. 2013) sowie die Beschreibung der Konzeption und Datengrundlage im Methodenbericht (Lück et al. 2013).

⁴ Damit ist das gemeint, was die Befragten in der Öffentlichkeit oder im Umgang mit Anderen mitbekommen.

⁵ Fehlende Angaben zu den hier vorgestellten Items liegen im einstelligen Prozentbereich.

⁶ Der Wert für Cronbach's Alpha beträgt 0,65.



Tab. 1: Zustimmung auf persönlicher und allgemeiner Ebene zu verschiedenen Dimensionen der Partnerschaft in Prozent

	Persönliche Zustimmung	Wahrgenommene Zustimmung in Allgemeinheit
Menschen können nur in einer festen und stabilen Partnerschaft glücklich sein.	65,1	x
Wenn man als Paar dauerhaft zusammenlebt, sollte man heiraten.	43,3	63,5
Eine Frau sollte nach der Heirat den Namen ihres Mannes annehmen.	34,5	58,4
Paare mit getrennten Haushalten sind keine richtigen Paare.	31,5	48,6
Es ist schlecht, wenn der Mann eine niedrigere Bildung hat als die Frau.	16,2	63,3

Quelle: FLB (2012), gewichtete Daten, eigene Berechnungen, x=Frage wurde nicht gestellt.

Ergebnisse: Hängen Partnerschaftsleitbilder und Kinderwunsch zusammen?

Im Folgenden werden zunächst verschiedene Aussagen zu Aspekten partnerschaftlicher Leitbilder dargestellt und im Anschluss daran unterschiedliche Dimensionen des Partnerschaftserfolges. Aus diesen werden dann mittels Indexbildung Partnerschaftsleitbilder extrahiert, die schließlich mit dem Kinderwunsch in Zusammenhang gebracht werden.

Zur Partnerschaft wurden zunächst verschiedene Aspekte abgefragt, denen die Befragten „voll und ganz“, „eher“, „eher nicht“ und „überhaupt nicht“ zustimmen konnten. In Tabelle 1 sind sie nach dem Ausmaß der persönlichen Zustimmung in absteigender Rangfolge dargestellt. Es zeigt sich, dass für fast zwei Drittel der Befragten (65,1 %) eine stabile Partnerschaft die Grundlage für persönliches Glück darstellt, d.h. eine dauerhafte Partnerschaft genießt in unserer Gesellschaft einen sehr hohen Stellenwert. Bereits wesentlich seltener wurde der Aussage zugestimmt, dass man heiraten sollte, wenn man als Paar dauerhaft zusammenlebt (43,3 %). Weniger als die Hälfte der Befragten findet demnach bei einer langjährigen Partnerschaft eine Institutionalisierung durch Eheschließung erforderlich, was u.a. bedeutet, dass mit der Ehe keine zusätzliche Stabilität oder sonstige Vorteile mehr verbunden werden und sie ihre Monopolstellung als selbstverständliche Form des Zusammenlebens von Mann und Frau und als Ort der Familiengründung weitge-

hend verloren hat (z.B. Lenz 2006, Peuckert 2005, Cherlin 2004, Nave-Herz 2002). Entgegen der persönlichen Meinung, wird das Erfordernis einer Eheschließung aber durchaus als Anspruch der Allgemeinheit wahrgenommen (63,5 %).

Auch dass die Frau nach der Eheschließung den Namen des Mannes annehmen sollte, wird persönlich von einem Drittel der Befragten so empfunden. Der von der Gesellschaft erhobene Anspruch allerdings wird von fast doppelt so vielen (58,4 %) wahrgenommen. Ähnlich verhält es sich mit der Bewertung von Paaren mit getrennten Haushalten: Persönlich halten 31,5 % der Befragten diese nicht für „richtige“ Paare, während fast die Hälfte (48,6 %) vermutet, dass solche Paare allgemein nicht ernstgenommen werden. Die größte Diskrepanz zwischen persönlicher und allgemeiner Meinung findet sich schließlich bei der Beurteilung von Paaren mit einem Bildungsunterschied zugunsten der Frau. Ungefähr ein Sechstel (16,2 %) der Befragten ist der Meinung, dass es schlecht sei, wenn ein Mann in einer Partnerschaft eine niedrigere Bildung hat als die Frau. Nach der wahrgenommenen Meinung der Allgemeinheit gefragt, bejahen dies aber fast zwei Drittel der Befragten (63,3 %).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Partnerschaft an sich einen sehr hohen Stellenwert genießt, dass aber alle Fragen, die das Zusammenleben weiter regeln, von der Mehrheit der Befragten persönlich nicht akzeptiert werden. Ein generelles gesellschaftliches Kli-

ma, das gerade in Richtung weitere Regelung geht, wird aber durchaus beobachtet. Die Allgemeinheit wird offenbar als etwas stark Normatives wahrgenommen, wobei die Relevanz für das eigene Verhalten dabei noch unterforscht ist.

Die Befragten sollten auch verschiedene Faktoren, die den Erfolg einer Partnerschaft begünstigen können, bewerten (Tabelle 2). Als quasi unhinterfragte Bedingung wurde dabei gegenseitige Liebe angesehen, gepaart mit Freiräumen für beide Partner. Jeweils 97,8 % der Befragten stimmten diesen Voraussetzungen zu. Die Zustimmung zu persönlichen Freiräumen wird allerdings in der Allgemeinheit etwas seltener wahrgenommen (89,2 %). Erfüllte Sexualität (93,2 %) folgt an dritter Stelle, als Anspruch der Allgemeinheit sogar an erster (93,3 %) Position. Dies deutet auf eine Art „Leistungsdruck“ hin, der durch partnerschaftliche Leitbilder – gegebenenfalls vermittelt durch die Medien – geprägt ist: Glückliche Paare haben eine erfüllte Sexualität (zu haben). Allerdings wurde „gegenseitige Liebe“ nur persönlich abgefragt, wäre ansonsten aber sicher auch hier auf den vorderen Rängen. Sehr wichtig, auf allgemeiner noch mehr als auf persönlicher Ebene, ist schließlich auch die finanzielle Absicherung für die Zukunft eines Paares (86,1 % auf persönlicher und 93,0 % auf allgemeiner Ebene). Als etwas weniger bedeutsam werden gemeinsame Kin-

der angesehen. Für ungefähr zwei Drittel (62,5 %) sollten gemeinsame Kinder den Erfolg einer Partnerschaft begünstigen, als allgemeine Meinung nehmen dies etwas mehr, nämlich 70,7 % wahr. Eine klare Rollenverteilung, bei der der Mann „im Zweifelsfall entscheidet, wo es langgeht“ spielt in den Augen der meisten Befragten keine Rolle, nur ein gutes Fünftel (22,7 %) stimmt dieser Aussage zu. Jedoch ist bemerkenswert, dass immerhin in der Altersgruppe der 20- bis 39-Jährigen überhaupt eine statistisch noch bedeutsame Gruppe diese Ansicht vertritt trotz der Modernisierungsgewinne der vergangenen Jahrzehnte. In diesem Punkt wird eine starke Diskrepanz zur öffentlichen Meinung deutlich, denn fast die Hälfte der Befragten (47,4 %), glaubt, dass ebendiese Rollenverteilung allgemein als Garant für den Partnerschaftserfolg gilt. Insgesamt zeigt sich, dass die Allgemeinheit als ein eher bürgerlich-konservatives Normen-Konstrukt empfunden wird. Es kann leider nicht geklärt werden, ob dies daran liegt, dass jüngere Personen befragt wurden und diese die Ansichten von Älteren antizipieren. Verschiedene Studien (z.B. Pokorny 2013⁷, Kaina/Deutsch

⁷ Die Studie von S. Pokorny zeigt, „..., dass sich die Altersgruppe der 16- bis 29-Jährigen, die der „Generation Golf“ nachfolgt, weniger von der Allgemeinbevölkerung unterscheidet, als häufig angenommen wird. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 30 Jahre bewerten politische und allgemeine Begriffe und Werte sehr ähnlich wie die übrigen Befragten“ (Pokorny 2013: 29).

Tab. 2: Zustimmung auf persönlicher und allgemeiner Ebene zu verschiedenen Dimensionen des Partnerschaftserfolges in Prozent

Partnerschaft funktioniert, wenn man ...	Persönliche Zustimmung	Wahrgenommene Zustimmung in Allgemeinheit
1)... sich liebt.	97,8	x
2)... dem anderen Freiräume lässt.	97,8	89,2
3)... eine erfüllte Sexualität miteinander hat.	93,2	93,3
4)... finanziell abgesichert ist.	86,1	93,0
5)... gemeinsame Kinder hat.	62,5	70,7
6)... im Zweifelsfall den Mann entscheiden lässt, wo es langgeht.	22,7	47,4

Quelle: FLB (2012), gewichtete Daten, eigene Berechnungen, x=Frage wurde nicht gestellt.



2006) zeigen aber, dass auch Jüngere sich hinsichtlich ihrer Wertorientierung nicht sehr stark von den Älteren in der Gesamtbevölkerung unterscheiden.

Zusammenhang zwischen Partnerschaftsleitbildern und Kinderwunsch

Es soll nun bivariat überprüft werden, ob sich Zusammenhänge zwischen partnerschaftlichen Leitbildern und der Wunschkinderzahl zeigen. Wunschkinderzahl bzw. insgesamt gewünschte Kinderzahl bedeutet dabei, dass alle bereits geborenen Kinder als gewünschte Kinder gezählt werden und mit der Anzahl weiterer gewünschter Kinder addiert werden (siehe genauer Ruckdeschel 2004). In der Stichprobe des Familienleitbildsurveys sind 40,2 % der Befragten bereits Eltern, der Rest ist (noch)⁸ kinderlos. Differenzierter betrachtet haben 16,6 % ein Kind, ebenso viele (16,5 %) zwei Kinder, 5,4 % drei Kinder und 1,7 % vier oder mehr Kinder. Für die nachfol-

gende Abbildung 1 wurde ein Index⁹ gebildet, der inhaltlich die beiden Dimensionen zwischen Konventionalität und Modernität in der Partnerschaft abbildet. Hohe Werte spiegeln hohe Konventionalität, geringe niedrige Konventionalität wider. Konventionalität steht in diesem Kontext für eine subjektiv hoch bewertete Bedeutung der Eheschließung, für Dauerhaftigkeit und für eine klare Rollenverteilung innerhalb der Partnerschaft, in der der Mann die Entscheidungsmacht innehat. Auch ist Konventionalität mit Religiosität und mit einem erhöhten Sicherheitsbedürfnis assoziiert. Ein gutes Drittel der befragten 20- bis 39-Jährigen (36 %) hat ein eher konventionelles Partnerschaftsleitbild, während das Leitbild der restlichen zwei Drittel (64 %) eher als egalitär-modern eingestuft werden kann.

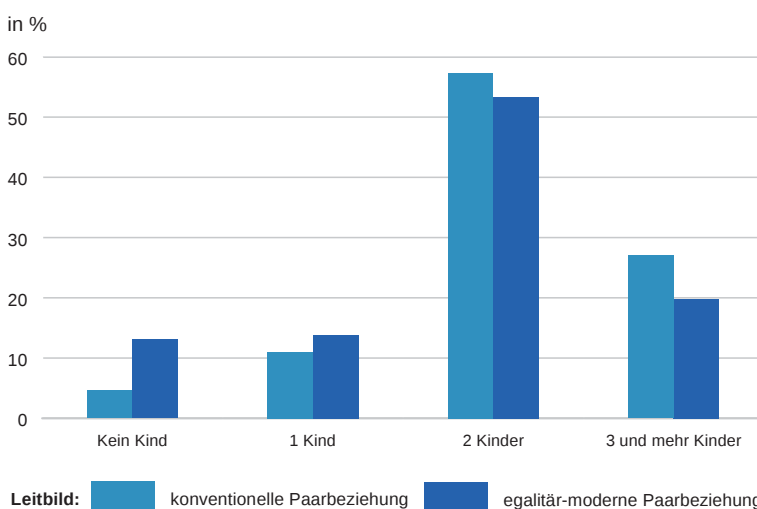
Ein herausragendes Ergebnis ist, dass diejenigen, die eine konventionelle Paarbeziehung ablehnen, mit 13,1 % signifikant häufiger kinderlos sind und es auch

bleiben wollen, als solche, die Konventionalität tendenziell befürworten (4,6 % gewollte Kinderlosigkeit, siehe Abb. 1). Hinsichtlich der Personengruppe mit Wunschkinderzahl eins ergeben sich keine nennenswerten Unterschiede. Was den Wunsch nach zwei Kindern betrifft, so spiegelt sich auch in den vorliegenden Ergebnissen die Dominanz der Zwei-Kind-Norm in Deutschland wider. Jeweils mehr als die Hälfte der entsprechenden Leitbildgruppen haben oder wollen zwei Kinder, wobei der Anteil in der konventionellen Leitbildgruppe nur unwesentlich höher ist. Deutliche Unterschiede findet man dagegen beim Wunsch nach mehr als zwei Kindern. Ein konventionelles Partnerschafts-

leitbild korreliert deutlich mit dem Wunsch nach einer größeren Familie.

Angesichts der Ergebnisse stellt sich die Frage, wie sich die beiden Leitbildgruppen hinsichtlich sonstiger soziodemografischer Merkmale unterscheiden. Zunächst bestätigt sich die positive Einstellung gegenüber Kindern

Abb. 1: Kinderwunsch/-zahl und Leitbild der Paarbeziehung



© BiB 2014

Datenquelle: FLB (2012), gewichtete Daten, eigene Berechnungen.

Def. Leitbild konventionelle Paarbeziehung: Index aus 7 Items, dichtomisiert, Zustimmung

Def. Leitbild egalitär-moderne Paarbeziehung: Index aus 7 Items, dichtomisiert, Ablehnung

Für jedes Leitbild ergeben die aufkumulierten Prozentzahlen über alle Kategorien der gewünschten Kinderzahl 100 %.

⁸ Es ist zu beachten, dass die fertile Phase der Befragten noch nicht abgeschlossen ist.

⁹ Der Index wurde durch die Summierung von sieben Items sowie durch die Division ihrer Anzahl berechnet. Danach erfolgte eine Einteilung in zwei Gruppen: Personen, die im Wertebereich zwischen 1,00 bis 2,49 liegen, werden als bürgerlich-konventionell (36 %) bezeichnet, während die im Bereich 2,50 bis 4,00 als egalitär-modern (64 %) definiert werden.

darin, dass Personen mit einem konventionellen Partnerschaftsleitbild häufiger Eltern sind als egalitär-moderne Personen (47,1 % zu 37,0 %). Ein konventionelles Leitbild korreliert auch stärker mit anderen konventionellen Werthaltungen, wie z.B. einer stärkeren Religiosität: Während sich von den konventionellen Leitbildbefürwortern 52,9 % als religiös bezeichnen, tun dies mit 33,6 % signifikant weniger der nicht konventionellen. Das Partnerschaftsleitbild hängt auch eng mit der Bildung zusammen, d.h. mit steigender Bildung sinkt die Wahrscheinlichkeit, ein konventionelles Partnerschaftsleitbild zu haben. Von den Personen mit niedrigem Schulabschluss, d.h. mit Hauptschulabschluss haben 41,5 % ein konventionelles Partnerschaftsleitbild, von denjenigen mit mittlerer Bildung (bis Realschulabschluss) 38,0 % und von denen mit mindestens Abitur 29,1 %.

Fazit

Ziel war es, den Zusammenhang zwischen individuellen Partnerschaftsleitbildern und Kinderwunsch zu untersuchen. Die zentrale Annahme lautete, dass bürgerlich-konventionell eingestellte Personen eher einen Kinderwunsch haben als weniger konventionelle. Insgesamt korrelieren die einbezogenen kulturellen Einstellungen zur „idealen“ Partnerschaft mit Aspekten der (angestrebten) Familiengründung und Familienerweiterung in der erwarteten Richtung: Je mehr Konventionalität besteht, desto häufiger existiert ein Kinderwunsch und desto größer ist die angestrebte bzw. bereits realisierte Familiengröße, wobei sowohl bei den egalitär-modern Denkenden als auch bei den konventionell Eingestellten eine klare Dominanz der Zwei-Kind-Familie zu finden ist. Bei der näheren Analyse der beiden Leitbildgruppen wurden weitere Zusammenhänge zwischen konventionellen Werthaltungen und Kinderwunsch bzw. -zahl deutlich. Da die strukturellen Rahmenbedingungen, d.h. familienpolitische Regelungen für beide Gruppen gleich sind, macht das Ergebnis deutlich, dass der Einfluss kultureller Werthaltungen nicht unterschätzt werden darf. Hilfreich wäre in diesem Zusammenhang auch eine Wiederholungsbefragung, um die Stabilität von Partnerschaftsleitbildern im Lebensverlauf und die Wechselwirkungen mit dem Kinderwunsch tiefgreifender zu analysieren.

Literatur

- Arránz Becker, Oliver (2008): Was hält Partnerschaften zusammen? Psychologische und soziologische Erklärungsansätze zum Erfolg von Paarbeziehungen. 1. Auflage Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Billari, Francesco C.; Wilson, Chris (2001): MPIDR Working Papers WP-2001-039, Max Planck Institute for Demographic Research, Rostock, Germany.
- Bodenmann, Guy (2001): Psychologische Risikofaktoren für Scheidung: Ein Überblick. *Psychologische Rundschau* 52: 85-95.
- Bodenmann, Guy (2003): Die Bedeutung von Stress für die Partnerschaft. In: Grau, Ina und Bierhoff, Hans-Werner (Hrsg.): *Sozialpsychologie der Partnerschaft*. Berlin, New York: Springer: 481-504
- Bradbury, Thomas N.; Fincham, Frank D.; Beach, Steven R. H. (2000): Research on the Nature and Determinants of Marital Satisfaction: A Decade in Review. In: *Journal of Marriage and Family* 62: 964-980.
- Cherlin, Andrew J. (2004): The Deinstitutionalization of American Marriage. In: *Journal of Marriage and Family*, 2004, 66: 848-861.
- Diabaté, Sabine; Lück, Detlev (2014): Familienleitbilder – Identifikation und Wirkungsweise auf generatives Verhalten. In: *Zeitschrift für Familienforschung* 26,1: 49-69.
- Dommermuth, Lars (2008): Wege ins Erwachsenenalter in Europa. Italien, Westdeutschland und Schweden im Vergleich. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Grau, Ina; Hans-Werner Bierhoff (Hrsg. 2003): *Sozialpsychologie der Partnerschaft*. Berlin, New York: Springer.
- Gründler, Sabine; Dorbritz, Jürgen; Lück, Detlev; Naderi, Robert; Ruckdeschel, Kerstin; Schiefer, Katrin; Schneider, Norbert F. (2013): *Familienleitbilder. Vorstellungen, Meinungen, Erwartungen*. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Janssen, Steve M. J.; Rubin, David C. (2011). Age effects in cultural life scripts. In: *Applied Cognitive Psychology*, 25: 291-298.
- Kaina, Viktoria; Deutsch, Franziska (2006): Verliert die „Stille Revolution“ ihren Nachwuchs? Wertorientierungen in Deutschland im Kohorten- und Zeitvergleich. In: Roller, Edeltraut; Brettschneider, Frank; van Deth, Jan W. (Hrsg.): *Jugend und Politik: „Voll normal!“*, Wiesbaden: 157-181.



- Karney, Benjamin R.; Bradbury, Thomas N. (1995): The Longitudinal Course of Marital Quality and Stability: A Review of Theory, Method, and Research. In: *Psychological Bulletin*: 3-34.
- Lenz, Karl (2006): *Soziologie der Zweierbeziehung*. Eine Einführung. Dritte Auflage, VS Verlag Wiesbaden.
- Lück, Detlev; Gründler, Sabine; Naderi, Robert; Dorbritz, Jürgen; Schiefer, Katrin; Ruckdeschel, Kerstin; Hiebl, Johannes; Wolfert, Sabine; Stadler, Manuela; Pupeter, Monika (2013): *Familienleitbilder 2012*. Methodenbericht zur Studie. BiB Daten- und Methodenberichte 2/2013. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Nave-Herz, Rosemarie (2002): Ehe. In: Endruweit, Günter; Trommsdorff, Gisela (Hrsg.): *Wörterbuch der Soziologie*. Stuttgart: 85-86.
- Peuckert, Rüdiger (2005): *Familienformen im sozialen Wandel*. Sechste Auflage, Wiesbaden: VS Verlag.
- Pokorny, Sabine (2013): Wo bitte geht's zum Generationenkonflikt? Politische Einstellungen Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland. In: *Forum Empirische Sozialforschung*. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin.
- Rubin, David C.; Berntsen, Dorthe (2003): Life scripts help to maintain autobiographical memories of highly positive, but not highly negative, events. In: *Memory & Cognition*, 31: 1-14.
- Ruckdeschel, Kerstin (2004): Determinanten des Kinderwunsches in Deutschland. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 29,4: 363-386.
- Wagner, Michael; Bernd Weiß (2008): Stehen Konflikte einer guten Partnerschaft entgegen? Eine empirische Analyse auf Grundlage dyadischer Daten. In: Feldhaus, Michael und Huinink, Johannes (Hrsg.): *Neuere Entwicklungen in der Beziehungs- und Familienforschung. Vorstudien zum Beziehungs- und Familienentwicklungspanel (PAIRFAM)*. Würzburg Ergon: 187-227
- Wagner, Michael; Weiß, Bernd (2010): *Erwerbssituation und Partnerschaft: Deutsche und türkische Paare im Vergleich*. In: Beckers, Tilo; Birkelbach, Klaus; Hagenah, Jörg und Rosar, Ulrich (Hrsg.): *Komparative empirische Sozialforschung*: 169-198. Wiesbaden: VS Verlag.



Andreas Ette (BiB), Barbara Heß (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge), Lenore Sauer (BiB)¹

Fachkräftemangel und Zuwanderung: Bleibeabsichten heutiger Arbeitsmigranten in Deutschland

Der Beitrag, den die Zuwanderung bei der Bewältigung eines möglichen Fachkräftemangels und des demografischen Wandels potenziell spielen kann, hängt neben den mitgebrachten Qualifikationen heutiger Migranten auch ganz wesentlich von deren Bleibeabsichten ab. Bisher liegen nur sehr wenige Informationen über die intendierte Aufenthaltsdauer dieser Gruppe vor und vorhandene Forschungsergebnisse zu den Rückwanderungsprozessen früherer Migrantengenerationen sind auf die heutige Situation kaum übertragbar. Ziel dieses Beitrages ist es daher, einen Einblick in die Zusammenhänge zwischen Bleibeabsichten heutiger Arbeitsmigranten und ausgewählten Aspekten ihrer ersten Integrationserfahrungen in Deutschland zu geben.

Angesichts des demografischen Wandels, der in vielen europäischen Staaten mittel- und langfristig zu einer Schrumpfung des Erwerbspersonenpotenzials führen wird, und des gleichzeitig zunehmenden internationalen Wettbewerbs um hochqualifizierte Fachkräfte, haben die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts damit begonnen, ihre Arbeitsmigrationspolitiken grundlegend zu reformieren. Insbesondere in Deutschland kam es dabei zu einem deutlichen Wandel in diesem Bereich. Ausgangspunkt dieser Reformdekade war die Ankündigung der ‚Green Card‘ für ausländische Fachkräfte der Informations- und Kommunikationstechnologie im Jahr 2000, in deren Folge es zu weitreichenden Gesetzesinitiativen kam, die sich in ihrer Gesamtheit insbesondere an der Öffnung des Arbeitsmarktes für hochqualifizierte Zuwanderer aus Staaten außerhalb der EU – sogenannten Drittstaaten – orientierten. Dazu zählte auch das Anfang 2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz, das neue Zuwanderungs- und Aufenthaltstatbestände insbesondere für arbeitsmarktorientierte Migration, Hochqualifizierte und Selbständige schaffte sowie zu einer Vereinfachung des zuvor äußerst bürokratischen Zulassungsverfahrens beitrug. Es folgten weitere Reformen, die sowohl zur Einfüh-

rung ergänzender Steuerungsinstrumente als auch zur Justierung bereits bestehender Stellschrauben genutzt wurden (z.B. die EU-Forscherrichtlinie (2007), das Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz (2009), das Anerkennungsgesetz (2012), die Blaue Karte EU (2012) sowie die Reform der Beschäftigungsverordnung im vergangenen Jahr). Im gleichen Zeitraum sind die Zuwanderungszahlen von Arbeitsmigranten aus Drittstaaten deutlich angestiegen. So hat sich die jährliche erwerbsbezogene Zuwanderung seit der Einführung des Zuwanderungsgesetzes (2005) bis heute in etwa verdoppelt: Lag diese Zahl im Jahr 2005 bei ca. 18.000 Personen, wanderten im Jahr 2012 bereits 38.700 Arbeitsmigranten ein. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum etwa 240.000 Aufenthaltserlaubnisse zum Zweck der Erwerbstätigkeit erteilt.

Die Frage eines durch den demografischen Wandel bedingten Fachkräftemangels sowie des Beitrags, den die Zuwanderung bei dessen Bewältigung spielen kann, ist in Deutschland nach wie vor umstritten (siehe u.a. Brenke, 2010; Niggemeyer, 2011). Neben anderen Handlungsoptionen kann die Zuwanderung dabei aber eine wichtige Rolle spielen, da sie unmittelbar der politischen Steuerung zugänglich ist. Der letztendliche Beitrag der Zuwanderung zur Bewältigung des demografischen Wandels hängt neben den mitgebrachten Qualifikationen heutiger Migranten auch ganz wesentlich von ihren Intentionen ab, sich permanent oder zumindest langfristig in ihrem neuen Zielland niederzulassen. Trotz der wachsenden Bedeutung der Zuwanderung qualifizierter Arbeitsmigranten liegen bisher nur sehr wenige Informationen über die Bleibeabsichten vor, und vorhandene Forschungsergebnisse zu früheren Migrantengenerationen sind auf die heutige Situation kaum übertragbar. In vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchungen zu Bleibeabsichten dominierte bisher die Frage der Rückwanderungsabsichten früherer Zuwanderergenerationen (für einen Überblick siehe King 1986; 2000). Vor diesem Hintergrund war es das Ziel des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) und des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), in einem gemeinsamen Forschungsprojekt die Determinanten der Bleibeabsich-

¹ Die in diesem Beitrag vertretenen Auffassungen geben ausschließlich die Meinung der Autoren wieder.



ten gegenwärtiger erwerbsbezogener Zuwanderer erstmals umfassend zu untersuchen².

Daten zu Neuzuwanderern in Deutschland

Wissenschaftliche Untersuchungen über aktuelle Zuwanderung scheitern regelmäßig am Mangel belastbarer Daten über diese wichtige, aber schwer erreichbare Bevölkerungsgruppe. Während klassische Einwanderungsländer schon vor längerem damit angefangen haben, Neuzuwandererbefragungen durchzuführen, liegen vergleichbare Informationen für die europäischen Staaten in der Regel nicht vor. In Deutschland hat das BAMF in den letzten Jahren begonnen, sozialwissenschaftliche Umfragen unter Arbeitsmigranten durchzuführen. Dafür wurden auf der Grundlage des Ausländerzentralregisters drei Stichproben unter Migranten gezogen, die auf der Basis eines Aufenthaltstitels als Hochqualifizierte (§ 19 AufenthG), Selbstständige (§ 21 AufenthG) oder allgemeine Arbeitsmigranten (§ 18 AufenthG) aktuell in Deutschland leben. Insgesamt konnten 4.677 Interviews realisiert werden, wobei sich die folgenden Analysen auf die Gruppe der in den vergangenen fünf Jahren vor der Befragung zugewanderten Personen mit vollständigen Angaben konzentrieren (2.429 Personen). Alle drei Be-

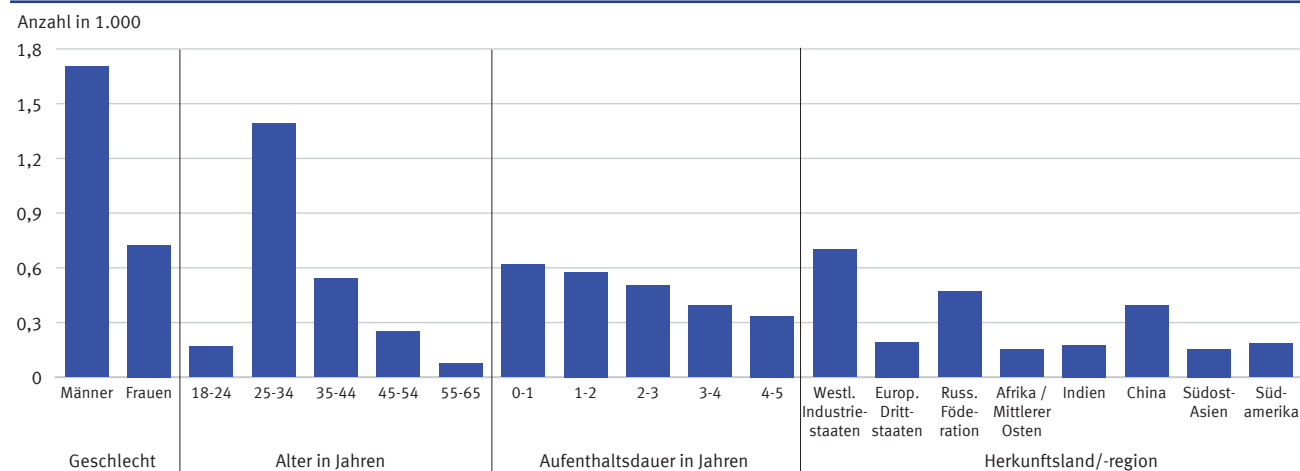
fragungen erfolgten auf Grundlage schriftlicher und weitgehend identischer Fragebögen, so dass damit erstmals eine Datengrundlage zur Untersuchung aktueller Arbeitsmigranten aus Drittstaaten nach Deutschland, deren sozio-ökonomischer Struktur, ihren ersten Integrationserfahrungen, Migrationsmotiven sowie Rückkehr- bzw. Bleibeabsichten zur Verfügung steht (für weitere Informationen zu dieser Datengrundlage siehe Block/Klingert 2012; Heß 2009; Heß 2012).

Die Abbildung 1 bietet einen ersten Überblick über die Struktur heutiger Arbeitsmigranten in Deutschland. Dabei bestätigen sich traditionelle Annahmen über erwerbsbezogene Zuwanderung: über 70 % der 2.429 Personen sind Männer und das Medianalter liegt mit 33,7 Jahren deutlich unter dem Vergleichswert von 45,0 Jahren der Gesamtbevölkerung in Deutschland. Bei einem Fokus auf Neuzuwanderer, die während der vergangenen fünf Jahre zugewandert sind, dominieren Personen mit einem Aufenthalt von maximal zwei Jahren. Die Herkunftsländer und -regionen heutiger Arbeitsmigranten in Deutschland sind äußerst divers. So stellen die westlichen Industriestaaten (Vereinigte Staaten von Amerika, Kanada, Australien, Neuseeland, Japan) mit 29 % die quantitativ bedeutendste Gruppe dar, gefolgt von der Russischen Föderation (19 %) und China (16 %).

Für die weiteren Analysen zu den Zusammenhängen zwischen frühen Integrationserfahrungen in Deutschland und den zukünftigen Migrationsintentionen von Arbeitsmigranten wurde allen Interviewpartnern die Fra-

² Der Beitrag basiert auf einem aktuell im Begutachtungsverfahren befindlichen Manuskript zu den Bleibeabsichten aktueller Arbeitsmigranten in Deutschland. Alle im Folgenden präsentierten bivariaten Befunde wurden in diesem Kontext auf Grundlage multivariater Analysen überprüft.

Abb. 1: Demografische Charakteristika der befragten aktuellen Arbeitsmigranten in Deutschland



Datenquelle: Surveys zu Arbeitsmigranten des BAMF, eigene Berechnungen.

© BiB 2014

ge gestellt, wie lange sie noch in Deutschland bleiben möchten – vier Antwortkategorien standen zur Verfügung: (1) weniger als fünf Jahre, (2) zwischen fünf und zehn Jahren (3) mehr als zehn Jahre und (4) für immer. Während die ersten beiden Kategorien einen relativ konkreten Zeithorizont umfassen und temporäre Migration bezeichnen, werden die letzten beiden Antwortkategorien sicherlich nur von den Befragten ausgewählt, die bereits heute eine langfristige oder sogar dauerhafte Bleibeabsicht haben. Von allen befragten Personen gibt mit 40 % eine relativ große Anzahl aktueller Arbeitsmigranten an, in Deutschland mit einer langfristigen Perspektive leben zu wollen, wobei sich deutliche Unterschiede hinsichtlich erster Integrationserfahrungen und dem institutionellen Kontext im Herkunfts- sowie im Zielland zeigen, die im Folgenden detaillierter beschrieben werden.

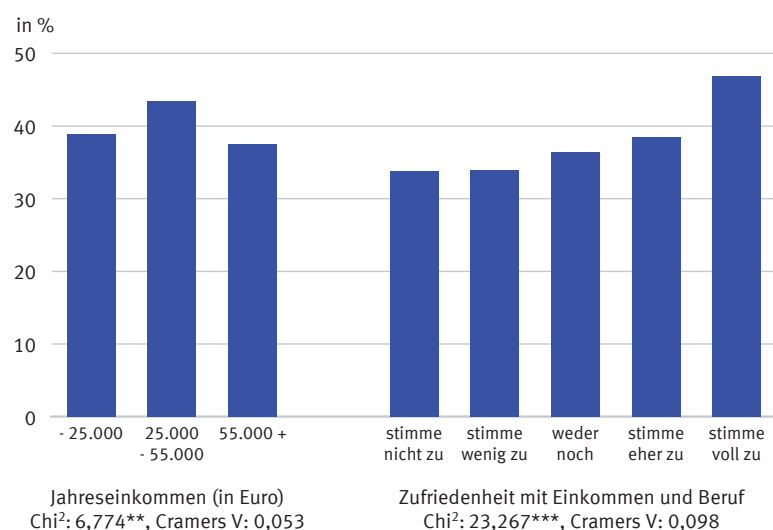
Ökonomische Integration und Bleibeabsichten

In ihrer einfachsten Form gehen ökonomische Ansätze davon aus, dass Menschen dorthin wandern, wo sie – entsprechend ihres Humankapitalbestandes – die höchste Rendite erwarten (Massey et al. 1998; Sjaastad 1962). Im Rahmen dieser Ansätze wird angenommen, dass Migranten, die in der Zielregion erfolgreicher sind als in ihrem Herkunftsland, sich für eine dauerhafte oder zumindest langfristige Bleibeperspektive im Zielland entscheiden. Dagegen wird eine Rückkehr ins Heimatland als Ergebnis einer fehlgeschlagenen Migration interpretiert, bei der die Migranten die Kosten der Wanderung falsch kalkuliert und den erwarteten höheren Nutzen nicht erreicht haben (Borjas/Bratsberg 1996). Dieser Argumentation folgend kann davon ausgegangen werden, dass es eine positive Beziehung zwischen dem wirtschaftlichen Erfolg der Arbeitsmigranten und ihrer beabsichtigten Aufenthaltsdauer im Zielland gibt.

Auf Grundlage des zur Verfügung stehenden Datensatzes lässt sich der wirtschaftliche Erfolg über den formalen Bildungsabschluss, das Jahreseinkommen sowie die Zufriedenheit mit Einkommen und Beruf operationalisieren. Bei Analyse des formalen Bildungsabschlusses kann in einem ersten Schritt festgestellt wer-

den, dass – entgegen der Erwartung – Arbeitsmigranten mit Hochschulabschluss seltener dauerhafte Bleibeabsichten haben als Arbeitsmigranten ohne Hochschulabschluss (39,4 % vs. 47,8 %). Auch das Jahreseinkommen bestätigt diesen Zusammenhang nicht unmittelbar: 38,9 % der neuzuwandernden Arbeitsmigranten mit einem Jahreseinkommen von unter 25.000 Euro, 43,4 % mit einem Jahreseinkommen von 25.000 bis 55.000 Euro und 37,5 % mit einem Jahreseinkommen von mehr als 55.000 Euro haben dauerhafte Bleibeabsichten (siehe Abbildung 2). Lineare und damit weitaus eindeutige Zusammenhänge zeigen sich jedoch, wenn die Gruppe der Arbeitsmigranten nach ihren Herkunftsländern differenziert wird. Besonders deutliche Differenzen bestehen zwischen den Zuwanderern aus den westlichen Industriestaaten im Vergleich zu den Arbeitsmigranten aus den restlichen Drittstaaten: je höher das Jahreseinkommen von Arbeitsmigranten aus den westlichen Industriestaaten, desto niedriger sind deren dauerhafte Bleibeabsichten. Bei Arbeitsmigranten aus weiteren Drittstaaten zeigt sich hingegen der umgekehrte und ursprünglich erwartete Zusammenhang: je höher das Jahreseinkommen, desto höher sind auch die dauerhaften Bleibeabsichten. Unter Kontrolle weiterer Merkmale im Rahmen multivariater Analysen ist der Zusammenhang für die westlichen Industriestaaten hoch signifikant, verliert jedoch für die restlichen Drittstaaten an Relevanz.

Abb. 2: Anteil von Arbeitsmigranten mit langfristigen Bleibeabsichten nach verschiedenen Aspekten ökonomischer Integration



Datenquelle: Surveys zu Arbeitsmigranten des BAMF, eigene Berechnungen.

© BiB 2014



Zur Messung des wirtschaftlichen Erfolgs werden auch subjektive Kriterien wie die Zufriedenheit mit Einkommen und Beruf herangezogen. Hier wurde jeweils auf einer Fünfer-Skala die Zustimmung zu den beiden Aussagen „mit meiner beruflichen Situation bin ich zufrieden“ und „mit meinem Einkommen bin ich zufrieden“ abgebildet. Aus beiden Variablen wurde ein additiver Index gebildet, der in den Analysen einen positiven Zusammenhang mit Bleibeabsichten zeigt. Multivariate Analysen bestätigen diesen Zusammenhang für die Zuwanderer aus den westlichen Industriestaaten, während sich für die Migranten aus Drittstaaten wiederum kein Zusammenhang zeigt. Diese Ergebnisse für westliche Industriestaaten stehen in Einklang mit Ergebnissen von Massey/Redstone Akresh (2006) sowie Pohlmann (2009), nach denen insbesondere die Migration zwischen den Industriestaaten weniger der Logik eines direkt messbaren wirtschaftlichen Nutzens folgt, sondern eher den Personalpraktiken multinationaler Unternehmen. Spielt die ökonomische Integration für diese Gruppe eine Rolle, dann nur im Rahmen subjektiver Kriterien wie z.B. der Zufriedenheit mit Einkommen und Beruf.

Sozio-kulturelle Integration und Bleibeabsichten

Neben der ökonomischen Integration stellt die sozio-kulturelle Integration von Migranten in Deutschland eine weitere Dimension dar, die einen potenziellen Einfluss auf die zukünftigen Bleibeabsichten von Migranten hat. Unter sozio-kultureller Integration werden dabei Bekannt-

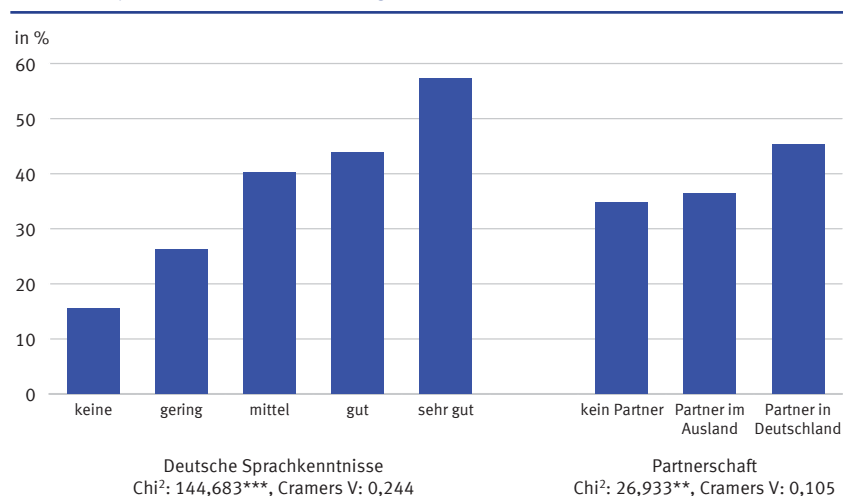
schafts- und Freundschaftsnetzwerke, Vereinsaktivitäten, aber auch veränderte Werteinstellungen oder der Erwerb von Sprachkenntnissen subsumiert. Es wird angenommen, dass die Investition in sozio-kulturelle Integration eine Verstetigung von Aufhalten besonders begünstigt (Dustmann 2003; Esser 2006). Während sich beispielsweise Investitionen in neue Berufsqualifikationen bei einer Rückwanderung vergleichsweise gut in das Herkunftsland transferieren lassen, gilt dies für sozio-kulturelle Ressourcen weitaus weniger. Man denke als Beispiel an den Aufbau neuer Freundschaftsnetzwerke, die bei Rückwanderung vielfach wieder verloren gehen. Von einem bestehenden, engen und funktionierenden Freundeskreis im Aufenthaltsland ist somit ein positiver Zusammenhang mit der Länge der Bleibeabsichten zu erwarten.

Auf Grundlage des zur Verfügung stehenden Datensatzes lässt sich dieser erwartete Zusammenhang zwischen sozio-kultureller Integration und Bleibeabsichten insbesondere beim Fremdsprachenerwerb zeigen, denn auch diese Investition lohnt vor allem unter der Perspektive eines längerfristigen Aufenthalts. Die Analysen zeigen einen signifikanten Zusammenhang zwischen den vorhandenen Deutschkenntnissen und den Bleibeabsichten – während nur 24,7 % der Arbeitsmigranten mit keinen bzw. geringen Deutschkenntnissen plant langfristig in Deutschland zu bleiben, liegt dieser Anteil bei Personen mit sehr guten Kenntnissen mit über 57 % mehr als doppelt so hoch (siehe Abbildung 3). Besonders

deutlich ist dieser Effekt bei Arbeitsmigranten ohne vorherige Aufenthalte in Deutschland ausgeprägt, da er hier als eine echte Investition im Hinblick auf das Aufenthaltsland interpretiert wird.

Im Gegensatz zu den Annahmen zum Zusammenhang zwischen sozio-kultureller Integration und Bleibeabsichten lässt sich begründet davon ausgehen, dass die Aufrechterhaltung enger sozialer Kontakte im Herkunftsland kürzere Bleibeabsichten zur Folge haben (Constant/Massey 2002). Familiäre Kontakte stellen hier sicherlich die wichtigste Form sozialer Beziehungen dar, die einen unmittelbaren Zusammenhang zu zukünftigen Migrationsabsichten auf-

Abb. 3: Anteil von Arbeitsmigranten mit langfristigen Bleibeabsichten nach verschiedenen Aspekten sozio-kultureller Integration



Datenquelle: Surveys zu Arbeitsmigranten des BAMF, eigene Berechnungen.

© BiB 2014

weisen. Empirisch bestätigt sich dieser Zusammenhang jedoch nicht: Der Anteil von Arbeitsmigranten mit im Ausland lebendem Partner, die langfristige Bleibeabsichten in Deutschland haben, ist sogar geringfügig höher als bei Personen ohne Partner. Dieser unerwartete Effekt ist insbesondere auf die Bleibeabsichten der Arbeitsmigranten aus den restlichen Drittstaaten zurückzuführen. Auch wenn dieser Zusammenhang mit den verfügbaren Daten – fallzahlbedingt – nicht vollständig aufzuklären ist, liegt die Vermutung nahe, dass eine Familienzusammenführung in Deutschland geplant ist, der Partner aber erst nach Erhalt einer dauerhaften Aufenthaltserlaubnis nach Deutschland nachziehen wird. Weniger überraschend ist hingegen der Effekt bei Arbeitsmigranten, die bereits gemeinsam mit ihrem Partner in Deutschland leben. Analog zu den Erwartungen zur sozio-kulturellen Integration weisen diese einen um über 10 Prozentpunkte höheren Anteil mit langfristigen Bleibeabsichten auf. Die Migration im Familienverbund nach Deutschland ist somit ebenfalls eine Investition, die zu einer Verstetigung des Aufenthalts in Deutschland beiträgt.

Bleibeabsichten und institutioneller Kontext

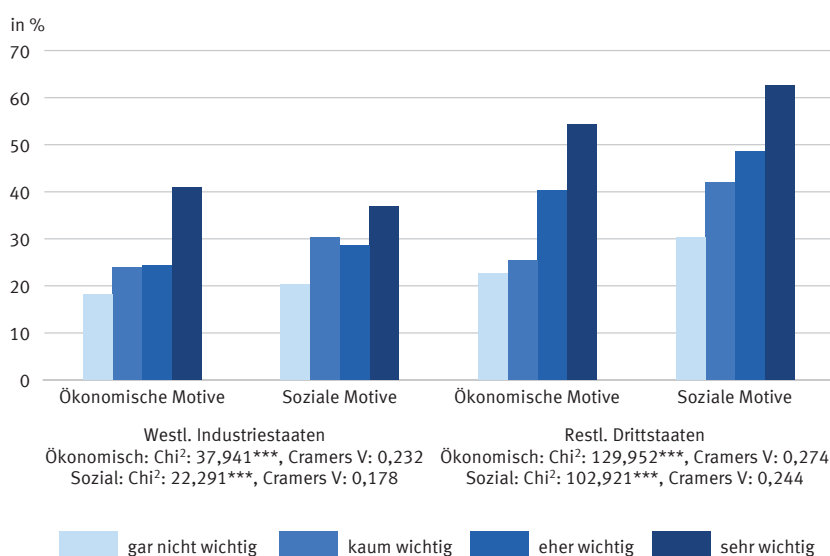
Der ausschließliche Fokus auf die individuelle Situation hinsichtlich der ökonomischen, sozialen und kulturellen Integration greift generell zu kurz zur Erklärung der

Bleibeabsichten von Migranten. Insbesondere transnationale Theorien der Migration haben in den vergangenen Jahren verstärkt auf den institutionellen Kontext im Herkunfts- und Zielland verwiesen, der maßgeblich Migrationsdynamiken beeinflusst (Faist 2000; Levitt/Jaworsky 2007). Im Zielland betrifft dies insbesondere die rechtlichen Möglichkeiten für Einreise und Aufenthalt des Arbeitsmigranten sowie seiner Familienangehörigen und die damit verbundenen ökonomischen und sozialen Rechte. Tatsächlich zeigt sich auch bei dieser Befragung von Arbeitsmigranten in Deutschland, dass der Aufenthaltstitel einen signifikanten Einfluss auf die Bleibeabsichten hat: Während 36 % der Personen mit einem Aufenthaltstitel nach § 18 AufenthG (allgemeine Arbeitsmigranten) langfristige Bleibeabsichten äußern, liegt der Anteil bei Personen mit einem Titel nach § 19 (Hochqualifizierte) bei 45,4 % bzw. § 21 AufenthG (Selbstständige) bei 61,0 %. Bessere Möglichkeiten der Familienzusammenführung und transparentere Verfahren zur Erlangung eines dauerhaften Aufenthalts, die mit den §§ 19 und 21 verbunden sind, haben somit einen direkten Einfluss auf die zukünftigen Wanderungsabsichten von Migranten.

Der institutionelle Kontext im Herkunftsland bezieht sich insbesondere auf die dortige ökonomische und soziale Situation. Detaillierte Angaben hierzu fehlen, allerdings bieten die Migrationsmotive der befragten Per-

sonen hilfreiche Hinweise, um die Situation im Herkunftsland in die Analyse miteinzubeziehen. Insgesamt wurden die Befragten gebeten, elf Motive hinsichtlich ihrer Wichtigkeit für die Migrationsentscheidung auf einer Skala von 1 bis 7 zu bewerten. Auf der Grundlage einer Hauptkomponentenanalyse ließen sich zwei zentrale Motivbündel ermitteln. Im ersten Fall umfassen diese ökonomische Motive wie z.B. Karriere-möglichkeiten, das Einkommen oder die ökonomische Situation. Das zweite Motivbündel lässt sich am besten mit sozialen Motiven umschreiben. Es umfasst Migrationsgründe, die sich insbesondere auf vorherige Kontakte in Deutschland, Sprachkenntnisse oder die Möglichkeiten für Familienangehörige konzentrieren.

Abb. 4: Anteil von Arbeitsmigranten mit langfristigen Bleibeabsichten nach Herkunftsregion und Migrationsmotiven



Datenquelle: Surveys zu Arbeitsmigranten des BAMF, eigene Berechnungen.

© BiB 2014



Die multivariaten Analysen des Zusammenhangs zwischen Migrationsmotiven und langfristigen Bleibeabsichten zeigen prinzipiell, dass ökonomische Motive einen stärkeren Einfluss auf Bleibeabsichten haben als soziale Motive. Dabei zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede zwischen den Herkunftsregionen der Zuwanderer. Insgesamt ist der Einfluss der verschiedenen Migrationsmotive bei Arbeitsmigranten aus den westlichen Industriestaaten schwächer, wobei insbesondere soziale Motive einen geringeren Zusammenhang aufweisen. Für Zuwanderer aus allen anderen Drittstaaten spielen hingegen sowohl ökonomische als auch soziale Motive einen entscheidenden Einfluss. Hier weisen 62,6 % der Personen, denen soziale Motive sehr wichtig waren, langfristige Bleibeabsichten auf, während es bei Personen aus den westlichen Industriestaaten nur 36,8 % sind (siehe Abbildung 4).

Fazit

Ziel des Beitrages war es, wichtige Zusammenhänge zwischen den Bleibeabsichten heutiger Arbeitsmigranten und ausgewählten Aspekten ihrer ersten Integrationserfahrungen in Deutschland aufzuzeigen. Die Analysen zeigen eindeutig, dass erfolgreiche sozio-kulturelle Integration einen positiven Einfluss auf die intendierte Dauer des Aufenthalts hat. Dies zeigt sich am deutlichsten bei den in die deutsche Sprache getätigten Investitionen, die in einem engen Zusammenhang mit den Bleibeabsichten stehen. Gleiches gilt für den Wohnort des Partners: Die Zuwanderung im Familienverbund ist aus dieser Sicht ebenfalls als Investition zu interpretieren, die zu einer Verstetigung des Aufenthalts in Deutschland beiträgt. Auch die institutionellen Rahmenbedingungen der Migration haben einen überwiegend positiven Einfluss. Dies gilt hinsichtlich der mit unterschiedlichen Rechten ausgestatteten Aufenthaltstitel in Deutschland genauso für ökonomische wie – zumindest für Arbeitsmigranten aus den restlichen Drittstaaten – für soziale Migrationsmotive. Inwieweit Bleibeabsichten durch den beruflichen Erfolg auf dem deutschen Arbeitsmarkt beeinflusst werden, ist dagegen nicht ganz so eindeutig. Der erwartete positive Zusammenhang zwischen ökonomischer Integration und Bleibeabsichten lässt sich auf jeden Fall kaum bestätigen: Für Zuwanderer aus den restlichen Drittstaaten gibt es nur geringe positive Effekte des Einkommens und der subjektiven Zufriedenheit auf

die intendierte Aufenthaltsdauer. Für neuzugewanderte Arbeitsmigranten aus den westlichen Industriestaaten sinkt hingegen der Anteil von Personen mit langfristigen Bleibeabsichten mit zunehmender ökonomischer Integration deutlich ab.

Die vorgestellten Befunde haben weitreichende Konsequenzen zur Beurteilung des Beitrags der Zuwanderung für die Fachkräftesicherung. Die Tatsache, dass 40 % der heute in Deutschland lebenden erwerbsbezogenen Neuzuwanderer einen langfristigen Aufenthalt planen, stellt das große Potenzial, aber auch die Grenzen der Zuwanderung im Kontext des demografischen Wandels dar. Ein hohes Wanderungsvolumen alleine reicht in diesem Zusammenhang nicht aus, sondern Zuwanderer sollten sich möglichst auch für langfristige Aufenthalte in Deutschland entscheiden. Weiterhin zeigen die Befunde mögliche Ansatzpunkte, um die in den vergangenen Jahren vielbeschworene Willkommenskultur weiterzuentwickeln. Dabei scheint der berufliche Erfolg eine weitaus geringere Rolle zu spielen als Aspekte der sozio-kulturellen Integration und des institutionellen Kontexts. Ein transparenter Weg von temporärem zu dauerhaftem Aufenthalt spielt dabei sicherlich genauso eine Rolle wie attraktive Möglichkeiten, um auch temporäre Aufenthalte in Deutschland im Familienverbund möglichst unkompliziert planen zu können.

Literatur

- Block, Andreas H.; Klingert, Isabel (2012): Zuwanderung von selbständigen und freiberuflichen Migranten aus Drittstaaten nach Deutschland. Ergebnisse einer schriftlichen Befragung von Selbständigen und Freiberuflern nach § 21 AufenthG. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Borjas, George J.; Bratsberg, Bernt (1996): Who leaves? The outmigration of the foreign-born. In: Review of Economics and Statistics, 78: 165-176.
- Brenke, Karl (2010): Fachkräftemangel kurzfristig noch nicht in Sicht. In: Wochenbericht 46. Berlin, DIW.
- Constant, Amélie; Massey, Douglas S. (2002): Return Migration by German Guestworkers: Neoclassical versus New Economic Theories. In: International Migration, 40(4): 5-38.
- Dustmann, Christian (2003): Children and return migration. In: Journal of Population Economics, 16(4): 815-830.



- Esser, Hartmut (2006): Sprache und Integration. Die sozialen Bedingungen und Folgen des Spracherwerbs von Migranten. Frankfurt/M.: Campus.
- Faist, Thomas (2000): Volume and Dynamics of International Migration. Oxford: Oxford University Press.
- Heß, Barbara (2009): Zuwanderung von Hochqualifizierten aus Drittstaaten nach Deutschland, Ergebnisse einer schriftlichen Befragung. BAMF Working Paper 28, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Heß, Barbara (2012): Zuwanderung von Fachkräften nach § 18 AufenthG aus Drittstaaten nach Deutschland. Ergebnisse einer schriftlichen Befragung von Arbeitsmigranten. BAMF Working Paper 44, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- King, Russell (1986): Return Migration and Regional Economic Development: An Overview. In: King, Russell (ed.): Return Migration and Regional Economic Development, Helm Croom, London: 1-37.
- King, Russell (2000): Generalizations from the History of Return Migration. In: Bimal Ghosh (Hrsg.): Return Migration: Journey of Hope or Despair? Geneva: International Organization for Migration and the United Nations.
- Levitt, Peggy; Jaworsky, B. Nadya (2007): Transnational Migration Studies: Past Developments and Future Trends. *Annual Review of Sociology*, 33: 129-156.
- Massey, Douglas S., et al. (1998): *Worlds in Motion: Understanding international migration at the end of the millennium*. Oxford: Clarendon Press.
- Massey, Douglas S.; Redstone Akresh, Ilana (2006): Immigrant Intentions and Mobility in a Global Economy: The Attitudes and Behaviour of Recently Arrived U. S. Immigrants. In: *Social Science Quarterly*, 87(5): 954-971.
- Niggemeyer, Lars (2011): Die Propaganda vom Fachkräftemangel. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/2011: 19-22.
- Pohlmann, Markus (2009): Globale ökonomische Eliten? Eine Globalisierungsthese auf dem Prüfstand der Empirie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 61: 513-534.
- Sjaastad, Larry A. (1962): The costs and return of human migration. In: *Journal of Political Economy*, 70: 80-93.



Rückblick

Zur Vielfalt der demografischen Forschung in Europa:

Die 12. „European Population Conference“ (EPC) der European Association for Population Studies und des Hungarian Demographic Research Institute vom 25. bis 28. Juni 2014 in Budapest

Welche Themen bestimmen derzeit die demografische Forschung 25 Jahre nach dem epochalen Wandel der osteuropäischen Gesellschaften? Auch wenn die Transformation der Bevölkerungsprozesse noch längst nicht abgeschlossen ist, war ein Ziel der 12. „European Population Conference“ in Budapest der Versuch einer Bestandsaufnahme, ob es neue Muster demografischen Verhaltens gibt, wie sich diese von anderen Regionen unterscheiden und welche Mechanismen die Bevölkerungsentwicklung in Europa bestimmen.

Der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, kündigte an, dass die nächste EPC vom 31. August bis 3. September 2016 in Mainz stattfinden wird.

In über 100 Sessions befassten sich ca. 850 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit aktuellen Forschungsansätzen und -ergebnissen aus dem weiten Feld der Demografie. Dabei richtete sich das Augenmerk vor allem auf das Thema demografischer Übergänge und die damit verbundenen Möglichkeiten und Probleme in Europa. Eine

spezielle Session der Tagung befasste sich zudem mit dem Thema „Transitions: Opportunities and Threats“.

In seiner Begrüßungsrede betonte der Präsident der European Association for Population Studies, Prof. Dr. Francesco C. Billari, die kulturelle Vielfalt der europäischen Länder, die sich auch in der demografischen Forschung wiederfinde, wie die Themen der Tagung bestätigten.

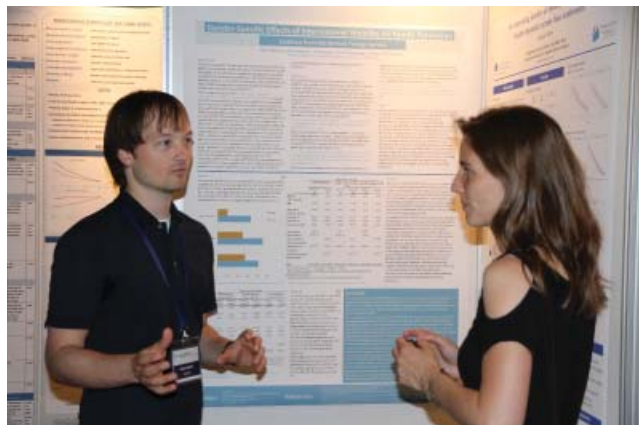
Das BiB präsentierte sich bei der Tagung mit insgesamt sieben Wissenschaftlern, die Ergebnisse und Poster aus ihren jeweiligen Forschungsbereichen vorstellten und die an dieser Stelle kurz präsentiert werden.

Dr. Heiko Rüger (in Zusammenarbeit mit Gil Viry, University of Edinburgh): Mobilität und die Folgen für die Familie

So untersuchte Dr. Heiko Rüger den Einfluss des Mobilitätsverhaltens auf das Familienleben. Auf der Basis der zweiten Welle der Studie „Job Mobilities and Family Lives in Europe“, die die berufsbedingte räumliche Mobilität der 25- bis 58-jährigen in ausgewählten europäischen Ländern untersucht, betrachtete er, wie sich Mobilitätshistorien auf die Familienentwicklung auswirken. Im Falle Deutschlands wies er in diesem Zusammenhang klare Unterschiede zwischen den Geschlechtern nach: Bei den Frauen geht häufiges Pendeln über längere Zeiträume, das bereits früh in der beruflichen Laufbahn begann, mit einer niedrigeren Fertilität und einem zeitlichen Aufschub der Geburt des ersten Kindes einher. Bei den Männern gibt es dagegen eine deutlichere Entkopplung zwischen der Mobilitätshistorie und der Fertilitätsentwicklung. Diese Resultate deuteten auf einen Zielkonflikt in den verglichenen Gesellschaften hin, in denen wachsende Mobilitäts- und Flexibilitätsanforderungen von Arbeitnehmern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Geschlechtergleichheit in Frage stellen, betonte Dr. Rüger.



Das BiB auf der EPC: Mit insgesamt sieben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie zahlreichen Vorträgen und Postern präsentierte sich das BiB auf der European Population Conference 2014 – hier vor dem Stand des BiB, an dem sich die interessierten Besucher über die Publikationen, insbesondere die begutachtete Zeitschrift „Comparative Population Studies“, informieren konnten. Im Bild von links: Andreas Ette, Katrin Schiefer, der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, Dr. Andreas Mergenthaler, Dr. Jürgen Dorbritz, Dr. Heiko Rüger und Ralina Panova. (Bild: C. Fiedler)



Wie wirkt sich intensive berufliche Mobilität, etwa im Diplomatischen Dienst des Auswärtigen Amtes, auf die Familienentwicklung aus? Dieser Frage ging Dr. Heiko Rüger (links) in seinen Präsentationen nach. (Bild: C. Fiedler)

In einem Poster präsentierte er zudem zusammen mit Stine Waibel, Julika Hillmann sowie Prof. Dr. Norbert F. Schneider geschlechterspezifische Effekte von internationaler Mobilität auf die Familiengründung am Beispiel des Auswärtigen Dienstes in Deutschland.

Andreas Ette (in Zusammenarbeit mit Barbara Heß (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) und Lenore Sauer): Bleibeabsichten von Neuzuwanderern

Mit der aktuellen Arbeitsmigration in Deutschland und Europa beschäftigte sich Andreas Ette in seinem Vortrag. Im Kontext des demografischen Wandels und eines potenziellen Fachkräftemangels wies er zunächst darauf hin, dass sich die Zuwanderung im Zuge neuer Arbeitsmigrationspolitiken in Deutschland in der letzten Dekade maßgeblich verändert hat. Die Bedeutung der Zuwanderung für den Arbeitsmarkt und die Nachhaltigkeit dieser Maßnahmen hängen dabei weitgehend von den Absichten der Migranten ab, langfristig in ihrem neuen Zielland zu bleiben. Trotz der wachsenden Bedeutung von gut ausgebildeten Arbeitsmigranten gebe es allerdings nur wenige Informationen über die Dynamik dieser neuen Welle der Migration, zumal sich existierende Forschungsansätze mit ihrem Fokus auf die ältere Migrantengeneration auf die neue Lage kaum anwenden ließen, betonte Ette. Auf Grundlage etablierter theoretischer Ansätze untersuchte er die Determinanten der Bleibeabsichten von aktuell nach Deutschland zugewanderten Migranten auf der Basis neuer Daten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Er zeigte, dass sich innerhalb der

Gruppe der Neuzuwanderer grundlegend unterschiedliche Mechanismen zur Erklärung ihrer Bleibeabsichten finden. Bei temporär zugewanderten Migranten spielten vor allem ökonomische Überlegungen eine Rolle, während bei Zuwanderern aus geringer entwickelten Staaten sozio-kulturelle und institutionelle Faktoren einen positiven Effekt auf längerfristige Bleibeabsichten haben.

Darüber hinaus präsentierten Lenore Sauer, Andreas Ette, Rabea Mundil-Schwarz (Statistisches Bundesamt) sowie Harun Sulak aus dem BiB ein Poster, in dem sie die Arbeitsmarktintegration von Neuzuwanderern in Deutschland darstellten. Im Vergleich der unterschiedlichen Entwicklungen von Migranten aus klassischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und Drittstaaten untersuchten sie den Einfluss der veränderten institutionellen Rahmenbedingungen für den Erfolg der Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt.



Ein neues Bild der Migration: Andreas Ette befasste sich in seinem Vortrag und dem Poster mit der veränderten Situation der Migration im Hinblick auf Bleibeabsicht und Arbeitsmarktintegration der Zuwanderer. (Bild: C. Fiedler)



Ralina Panova (in Zusammenarbeit mit Isabella Buber-Ennser, Wittgenstein Centre, IIASA, VID/ÖAW, WU): Einstellungen zu berufstätigen Eltern

Die Zahl der berufstätigen Mütter in Europa variiert stark – allerdings gibt es gegenwärtig mehr Mütter mit Kindern als in der Vergangenheit, die einer bezahlten Arbeit nachgehen. Dabei stellt sich die Frage, inwieweit und ob das Modell der arbeitenden Mutter gesellschaftlich weitgehend akzeptiert ist und somit einen Beitrag zur Geschlechtergleichheit liefern könnte, wie Ralina Panova in ihrem Vortrag betonte. Sie untersuchte daher in einem multivariaten Forschungsdesign auf der Basis von Daten des Generations and Gender Survey (GGG) die Einstellungen zur Akzeptanz berufstätiger Eltern in der Gesellschaft und die Folgen für die Kinder in 12 europäischen Ländern einschließlich Australiens. Die Auswertungen zeigten eine große Varianz hinsichtlich der Einstellungen zur Berufstätigkeit der Eltern von Kindern im Vorschulalter im Ländervergleich. Dabei stehe die Positionierung in den Ländern in engem Zusammenhang mit der Entwicklung des zweiten demografischen Übergangs dort und einem damit verbundenen Wertewandel. Zudem gebe es auch zwischen den Geschlechtern Unterschiede, wie Frau Panova betonte. So äußerten Männer

deutlich traditionellere Positionen als Frauen, wobei die Geschlechterunterschiede am deutlichsten in Österreich, Westdeutschland und Norwegen sichtbar waren. Hier stimmten die Männer am häufigsten der Auffassung zu, dass ein Kind leide, wenn die Mutter arbeite. Hingegen waren in Georgien, Bulgarien und Australien wiederum die Frauen deutlich traditioneller eingestellt. Zudem zeigten sie sich in stärkerem Maße als die Männer überzeugt davon, dass die Kinder Schaden trügen, wenn die Mutter arbeite. Auch bei der Frage, ob Kinder leiden, wenn der Vater zu viel arbeite, gab es länderspezifische Unterschiede, so Frau Panova. Demnach stimmten dieser Äußerung vor allem die Männer in Österreich, Norwegen, Belgien und Frankreich zu, während Männer in Bulgarien und Australien hier deutlich weniger Zustimmung äußerten als die Frauen.

Katrin Schiefer (in Zusammenarbeit mit Robert Naderi): Poster zum Thema „Familienbildungsprozesse in Ost- und Westdeutschland: Welche Rolle spielen regional-spezifische Werte?“

Auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung sind nach wie vor deutliche Unterschiede in der demografischen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland erkennbar. So ist beispielweise Kinderlosigkeit vor allem ein Phänomen in Westdeutschland, während in Ostdeutschland die Ein-Kind-Familie im Trend liegt. Zudem ist das nichteheliche Zusammenleben im Osten Deutschlands stärker verbreitet als im Westen. Warum es diese Unterschiede insbesondere im Prozess der Familiengründung und Institutionalisierung der Beziehung (voreheliche und eheliche Geburten) gibt, war das Thema des Posters von Katrin Schiefer und Robert Naderi auf der Grundlage des Projekts des BiB zu Familienleitbildern in Deutschland. Sie nehmen an, dass die Existenz unterschiedlicher Verhaltensmuster in Ost- und Westdeutschland darin begründet ist, dass sich in beiden Teilen unterschiedliche familienbezogene Leitbilder etabliert haben, die sich auf das Verhalten der Menschen auswirken.



Leiden die Kinder, wenn die Mütter arbeiten gehen und die Väter Überstunden machen? Dieser Frage ging Ralina Panova (links im Bild) in ihrem Vortrag nach und zeigte dabei, dass es deutliche Unterschiede in den einzelnen Ländern hinsichtlich der Einstellungen zu berufstätigen Müttern gibt. (Bild: C. Fiedler)

Dr. Andreas Mergenthaler: Erwerbssituation im Ruhestand

In der Session „Economics, human capital and labour markets“ stellte Dr. Andreas Mergenthaler ausgewählte Ergebnisse der Studie “Transitions and Old Age Potential” (TOP) des BiB vor. Im Vortrag wurden Befunde zur Er-

werbsituation von Studienteilnehmern im Ruhestand präsentiert, d.h. von Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung eine Altersrente oder -pension aus eigener Erwerbstätigkeit bezogen. Drei Gruppen von Ruheständlern können identifiziert werden: (1) Personen, die noch einer Erwerbstätigkeit nachgehen („Bridge Employment“), (2) Befragte, die sich eine zukünftige Erwerbstätigkeit zumindest vorstellen können und (3) Studienteilnehmer, die sich völlig aus dem Arbeitsmarkt zurückgezogen haben. Diese Gruppen unterschieden sich vor allem hinsichtlich individueller und arbeitsbezogener Merkmale, betonte Dr. Mergenthaler. So hätten z.B. „jüngere“ Männer aus Westdeutschland eine höhere Chance, einer Erwerbstätigkeit im Ruhestand nachzugehen. Die Gesundheit wirke sich positiv auf die Erwerbstätigkeit und die -bereitschaft aus, ebenso wie die Einschätzung, im Ruhestand nicht mit den vorhandenen finanziellen Mitteln auszukommen und die Wahrnehmung von Erwerbsarbeit



Arbeiten im Unruhestand: Dr. Andreas Mergenthaler präsentierte aktuelle Forschungsergebnisse der Studie „Transitions and Old Age Potential“ (TOP) des BiB, die unter anderem untersucht, in welchem Ausmaß sich die Gruppe der „jungen Alten“ zwischen 55 und 70 Jahren aktiv im Erwerbsleben, der Zivilgesellschaft und in generationenübergreifenden Beziehungen innerhalb der Familie beteiligt. (Bild: C. Fiedler)

als sinnvolle Tätigkeit. Hinsichtlich der arbeitsbezogenen Merkmale spielen vor allem die Möglichkeit, beim Arbeitgeber auch nach dem Eintritt in den Ruhestand weiterarbeiten zu können, eine wesentliche Rolle sowohl für die Bereitschaft als auch die Ausübung von „Bridge Employment“. Um eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit in diesen Altersgruppen zu realisieren und bislang noch ungenutzte Potenziale älterer Menschen am Arbeitsmarkt auszuschöpfen, seien daher Strategien nötig, die sowohl auf der Nachfrage- (Individuum) als auch auf der Angebotsseite (Arbeitgeber, Unternehmen) des Arbeitsmarktes ansetzen.

Prof. Schneider: Nächste EPC-Konferenz 2016 in Mainz vom 31. August bis 03. September 2016

Bei der gleichzeitig stattfindenden Mitgliederkonferenz der European Association for Population Studies gab der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, einen ersten Ausblick auf die für 2016 geplante European Population Conference, die dann in Mainz an der Johannes-Gutenberg-Universität vom 31. August bis zum 03. September 2016 stattfinden wird. Organisiert wird die Veranstaltung durch das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

Abschlussveranstaltung im ungarischen Parlament

Auf der Abschlussveranstaltung im ungarischen Parlament betonte der amtierende Parlamentspräsident, László Kövér, dass die Politik die wissenschaftlichen Ergebnisse sehr wohl ernst nehme. Die Politik habe bei ihren Entscheidungen immer ein Auge auf die demografische Forschung. Die Nähe zwischen Politik und Wissenschaft finde auch darin ihren Ausdruck, dass die Abschlussveranstaltung der Konferenz im Parlamentsgebäude stattfinde. Professor Billari zeigte sich erfreut, dass die Politik die Relevanz demografischer Forschung erkenne und die Ergebnisse in der politischen Diskussion beachte. Darüber hinaus lobte er die hohe wissenschaftliche Qualität der Konferenzbeiträge und die breite thematische Aufstellung, die zeige, welche Bedeutung die demografische Entwicklung mittlerweile für die Länder Europas habe.

Bernhard Gückel, BiB



Das BiB in den Medien

Warum gibt es immer weniger Geburten in Deutschland?

Antworten des BiB im Magazin „Nano“ des Senders 3Sat vom 30. Juni 2014

Kinder bekommen die Leute immer – galt diese Aussage des ersten Bundeskanzlers Anfang der 1960er Jahre noch uneingeschränkt, so wurde sie bereits kurze Zeit später widerlegt. Seit nunmehr über 40 Jahren weist Deutschland eine konstant niedrige Geburtenrate auf und daran wird sich auch in naher Zukunft nichts ändern. Grund genug für das Wissenschaftsmagazin „Nano“, nach den Ursachen für die „Kinderkrise“ zu fragen und aktuelle Forschungsergebnisse des BiB zu diesem Thema vorzustellen.

Welche Folgen diese Entwicklung für die demografische Entwicklung hat, machte der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, deutlich. Die Halbierung der Geburtenzahlen im Vergleich zwischen 1964 und heute werde zu einer enormen Dynamik im Hinblick auf die Alterung der Gesellschaft führen – verbunden mit großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen. Dieser Alterungsprozess ist in diesen Dimensionen völlig neuartig, betonte der Soziologe. Daher sei es notwendig, bei der Suche nach Antworten sich vor allem auch mit dem Zusammenhang zwischen dem Wandel der Familie und der Partnerschaftsgestaltung im Hinblick auf die Fertilität zu befassen.

Gingen bisherige Forschungsansätze vor allem von den ökonomischen und strukturellen Rahmenbedingungen als Ursache für die niedrigen Geburtenzahlen aus, so stellt ein neuer Forschungsansatz des BiB die kulturellen Faktoren in den Mittelpunkt: „Wir wollen verstärkt die Kultur erforschen und den Leuten in die Köpfe schauen, welche Einstellungen zu Familie und Kindern existieren

und fragen, welche Ursachen dafür verantwortlich sind, dass sich immer weniger Menschen für ein Kind entscheiden,“ erläutert die wissenschaftliche Mitarbeiterin Dr. Sabine Diabaté. Dazu gehöre die Frage, was denn eigentlich unter Familie zu verstehen sei. Eine Studie des BiB zum Thema „Familienleitbilder in Deutschland“ zeigte, dass es für 80 % der Befragten wichtig bis sehr wichtig sei, eigene Kinder zu haben – trotzdem bekämen nur die wenigsten wirklich Kinder. Ein Grund für diesen Widerspruch, wie er aus der Studie hervorgehe, liege in dem Leitbild der risikovermeidenden Kinderlosigkeit. Es gebe Leute zwischen 20 und 39 Jahren, die mit dem Kinderkriegen viele Risiken verbunden sehen, vor allem auch ökonomischer Natur. Hinzu komme ein Typus von Menschen, die bewusst Autonomie in ihrem Leben anstreben und daher keine Kinder möchten, so Frau Diabaté. Welche Ursachen für Kinderlosigkeit letztlich ausschlaggebend sind und welche Maßnahmen dagegen ergriffen werden, ändert allerdings letztlich nichts an der demografischen Tatsache, dass weniger Kinder in der Gegenwart auch weniger künftige Eltern, die Kinder bekommen könnten, bedeuten.

Bernhard Gückel, BiB



Die Sendung unter

<http://www.3sat.de/mediathek/?mode=play&obj=44584>



Die Kosten des Pendelns – für Mensch und Wirtschaft

Prof. Dr. Norbert F. Schneider zu den Ursachen, Folgen und der künftigen Entwicklung des berufsbedingten Pendelns in der Sendung „HörPunkt“ im schweizerischen Radiosender SRF2 am 02. Juli 2014 zum Thema: „Glückliche Pendler? – Ein Trend auf dem Prüfstand“

Die Zahl der Pendler aus beruflichen Gründen in Europa ist in den letzten Jahren stetig angewachsen. Diese Entwicklung hat Folgen – für den Betroffenen und das soziale Zusammenleben. Worin die Ursachen für die rege Pendeltätigkeiten liegen, welche Kosten damit verbunden sind und wie sich die dauerhafte Mobilität für die Gesundheit auswirkt, war unter anderem Thema in der Sendung „HörPunkt“ des Schweizer Radiosenders SRF2, der zu diesem Zweck im Züricher Hauptbahnhof betroffene Pendler nach Gründen und Folgen ihres mobilen Lebens befragte. An der begleitenden wissenschaftlichen Diskussion beteiligten sich neben dem Vizedirektor des Schweizerischen Bundesamtes für Raumplanung, Hauke Fehlberg, sowie Prof. Ulrich Weidmann vom Institut für Verkehrsplanung und Transportsysteme der ETH Zürich auch der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider.

Die Gründe, warum Menschen zum Teil mehr als zwei Stunden täglich zur Arbeit pendeln, unterscheiden sich im europäischen Vergleich nicht erheblich. Demnach seien vor allem die beruflichen Anforderungen und Veränderungen ein Hauptgrund für die erhöhte Pendelmobilität. Es gebe immer mehr projektbezogene Tätigkeiten mit wechselnden Arbeitsplätzen sowie eine wachsende Zahl befristeter Arbeitsplätze. Zudem sei das Pendeln die einzige Möglichkeit, Partnerschaft und Familie miteinander in Einklang zu bringen, wenn die Ehefrau auch berufstätig ist. Viel größer seien dagegen die Unterschiede zwischen den sozialen Statusgruppen, betonte Prof. Schneider, der Ursachen und Folgen des Pendelns in der europäischen Studie „Job Mobilities and Family Lives in Europe“ eingehend untersucht hat. So seien vor allem Menschen mit höherer Bildung bereit, für den Beruf umzuziehen, während Pendler eher den unteren und mittleren Bildungsschichten zuzuordnen seien. Dabei habe gerade das Pendeln ernste gesundheitliche Folgen, ins-

besondere wenn die einfache Strecke über 45 Minuten dauere. Darüber hinaus verschlechtere sich das subjektive Wohlbefinden und die soziale Integration werde für die Betroffenen schwieriger. Zudem wirke sich die hohe Mobilität negativ auf das Familienleben aus.

Nicht zu unterschätzen seien auch die Kosten der Mobilität. Allerdings werde die Diskussion um die Kostenwahrheit in Europa praktisch nicht geführt, kritisierte der Soziologe. Das größte Problem stelle hier die Transportmobilität dar. So seien beispielsweise die durch Europa transportierten Güter vor dem Hintergrund der tatsächlich verursachten Kosten viel zu billig, weil sich die Transportkosten nicht im Preis der Güter niederschlugen. Insgesamt sei davon auszugehen, dass eine Umsetzung von Kostenwahrheit im öffentlichen Verkehr zu einer Verdoppelung der Kosten führen würde.

In Deutschland werde das Thema Mobilität auch unter dem Gesichtspunkt des demografischen Wandels diskutiert, so Prof. Schneider. So werde es künftig Regionen geben, die in den nächsten 20 Jahren 30 bis 40 % ihrer Bevölkerung verlieren werden. Hier gebe es zum Teil schon heute keinen öffentlichen Nahverkehr mehr wie früher, weil er viel zu teuer sei. Somit werde es besonders auf dem Land künftig andere Formen des Nahverkehrs geben im Vergleich zu heute.

Was die weitere Mobilitätsentwicklung betrifft, geht Prof. Schneider nicht davon aus, dass das Pendlergeschehen abnehmen werde, im Gegenteil. In den letzten 30 Jahren habe zwar die Zahl der Pendler nicht zugenommen, aber die zurückgelegten Distanzen. Mit der Zunahme der Flugintensität zum Arbeitsplatz auch in Europa werde diese Entwicklung weitergehen, resümierte der Mobilitätsexperte.

Bernhard Gückel, BiB



Bayern kein Gewinner des demografischen Wandels –

Prof. Dr. Norbert F. Schneider über die demografische Entwicklung Bayerns in der „Bayerischen Staatszeitung“ vom 20. Juni 2014

Nach den Bevölkerungsvorausberechnungen des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung wird Bayern in den nächsten zwei Jahrzehnten zu den Bundesländern zählen, deren Bevölkerungszahl weiter kräftig wachsen wird – allerdings nicht in allen Regionen. Trotz dieser Entwicklung betrachtet der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, das Land nicht als Gewinner des demografischen Wandels. Im Interview mit der „Bayerischen Staatszeitung“ wies er darauf hin, dass es sich hier nicht um ein natürliches Bevölkerungswachstum handle, sondern um Wanderungsgewinne durch die Binnenwanderung aus anderen Bundesländern sowie die Zuwanderung aus dem Ausland.

Da die Zahl der Geburten weiterhin unter den Sterbefällen liege, handele es sich in Bayern nicht um ein natürliches Bevölkerungswachstum, zumal Voraussagen über 15 bis 20 Jahren mit einer großen Unsicherheit belastet seien. Bayern gehöre allerdings zu den wenigen Bundesländern mit einer stabilen Einwanderungszahl, die langfristig nicht schrumpfen werde. Charakteristisch für die demografische Entwicklung Bayerns sei eine erhebliche regionale Spreizung mit einer beträchtlichen Dynamik von Schrumpfung und Alterung in Nordostbayern, wo seit Jahren mehr Menschen weg- als zuzögen. Damit

gehe die Geburtenrate noch weiter zurück und den Regionen fehlten potenzielle Arbeitskräfte. Im Gegensatz dazu profitierten große Teile Oberbayerns von Wanderungsbewegungen aufgrund der hohen Attraktivität der stabilen Wirtschaft in dieser Region. Mit einer Trendwende bei dieser Entwicklung sei langfristig nicht zu rechnen, betonte Prof. Schneider. Um zu vermeiden, dass sich die Lebensverhältnisse auseinanderentwickelten, müsse sich die Politik stärker als bisher mit der Frage befassen, wie in den schrumpfenden Regionen die Grundversorgung der Infrastruktur, der Wirtschaft und der Kultur aufrechterhalten werden könne. Dies gelte in gleichem Maße auch für die anderen Bundesländer.

Schließlich werde die demografische Entwicklung weiter dazu führen, dass Regionen zunehmend im Wettbewerb zueinander stehen werden, was die Attraktivität der Regionen erhöhe, neue Einwohner anziehe und sich die Chance der Neuaufstellung ergebe. Letztlich führe dies zur Verbesserung der Lebensqualität für Jung und Alt – gerade auch vor dem Hintergrund der voranschreitenden Alterungsprozesse nicht nur in Bayern.

.....
Bernhard Gückel, BiB

Die Babyboomer und die Rentenpolitik –

Dr. Martin Bujard über eine komplizierte Beziehung im Magazin „Kontext“ des SWR 2 am 30. Juni 2014

Im Jahre 2014 feiert eine Geburtenkohorte ihren 50-jährigen Geburtstag, die sich vor allem durch eines auszeichnete: Sie hatte das höchste Geburtenniveau in der Bundesrepublik mit fast 1,4 Millionen Geburten. Zum Vergleich: Im Jahr 2012 waren es mit 673.000 nur rund halb so viele. Grund genug für das Magazin „Kontext“ des Südwestrundfunks im Gespräch mit Dr. Martin Bujard vom BiB die Frage zu stellen, welche Faktoren sich auf den Kinderwunsch auswirken und welche Folgen diese Entwicklung für die Rentenpolitik in Deutschland hat bzw. haben wird.

Eine Antwort auf die Frage, warum sich die Geburtenzahl innerhalb von 50 Jahren halbiert hat, müsse mehrere Faktoren mit einbeziehen, betonte Dr. Bujard. So spielten wirtschaftliche Motive eine Rolle, seien letztlich aber nicht entscheidend für einen Kinderwunsch. Vielmehr sei die erschwerte Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die kulturelle Akzeptanz und Einstellung gegenüber Mehrkindfamilien hier von großer Bedeutung. Wenn die Entwicklung so anhalte, werde dies zu großen Problemen bei der künftigen Rentenentwicklung führen, da weniger Menschen in die Rentenkassen einzahlten – zumal die

Zahl der Rentner aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge der sogenannten „Baby-Boomer“ in den nächsten Jahren deutlich ansteigen werde. Gab es in Deutschland vor 20 Jahren noch ein Medianalter von Mitte 40, so ist dies heute auf 50 Jahre angestiegen. Im Jahr 2060 werden wir dann schon ein Medianalter von 57 Jahren haben, verdeutlichte der Politikwissenschaftler. Damit wachse nicht nur die Zahl, sondern auch die Macht der Älteren in Deutschland.

Wie sehr sich die demografische Lage seit 1964 verändert hat, zeige ein Vergleich des Verhältnisses der über 65-Jährigen mit dem Anteil der 20- bis 64-Jährigen.

Die Relationen verschöben sich so, dass immer weniger Menschen im erwerbstätigen Alter immer mehr Rentnern gegenüberstünden. Dies wirke sich direkt auf das umlagefinanzierte Rentensystem aus, da vor 50 Jahren sechs Arbeitnehmer einen Rentner finanzierten – heute seien es zwei. Dabei gebe es allerdings durchaus Gegenmaßnahmen, wie die bereits eingeleitete Verlängerung der Arbeitszeit. Weitere denkbare Hebel der Rentengestaltung seien nicht zuletzt der Rentenbeitrag bzw. die Rentenhöhe.

Bernhard Gückel, BiB

Publikationen von und mit BiB-MitarbeiterInnen

Martin Bujard:

„Zur Evaluation familienpolitischer Leistungen: Warum die Auswahl der Ziele wichtig ist und wie sich Wirkungsanalysen interpretieren lassen.“

In: Familienpolitische Informationen der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft Familie. Heft 4/2014: 1-5

Welche Ziele hat die deutsche Familienpolitik? Die Antwort auf diese Frage fällt je nach Perspektive unterschiedlich aus. Somit gibt es keinen einheitlichen „Zielekanon“ zur Familienpolitik. Dies erweist sich dann als problematisch, wenn die Familienpolitik wissenschaftlich evaluiert werden soll, denn sie kann nur an Zielen gemessen werden, deren Festlegung wiederum bestimmt, welche Schwerpunkte sie verfolgt.

Vor diesem Hintergrund liefert der Beitrag einen kritischen Überblick über die Ziele und Prinzipien der deutschen Familienpolitik und zeigt dazu am Beispiel des Elterngeldes auf, dass wissenschaftliche Analysen viele unterschiedliche Erkenntnisse ermöglichen und einer Interpretation bedürfen. Der Autor plädiert hierbei für eine

Zielhierarchie, bei der das Wohlbefinden von Kindern und Eltern an oberster Stelle steht. Zudem räumt er mit dem Mythos auf, die deutsche Familienpolitik sei finanziell im internationalen Vergleich überdimensioniert.

Martin Bujard:

Zukunft mit Kindern. Reformvorschläge für die deutsche Familienpolitik.

In: NDV (Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge), Berlin, Juni 2014: 259-263

Vor dem Hintergrund der aktuellen demografischen Debatte in Deutschland widmet sich der Beitrag auf der Basis der Analysen der Akademiegruppe „Zukunft mit Kindern“ (Berlin-Brandenburgische Akademie und Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina) den Wirkungen von Familienpolitik, ihren Zielen und Reformoptionen. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die These einer Wirkungslosigkeit von Familienpolitik auf die Fertilität ebenso wenig halten lässt wie ein Steuerungsoptimismus, der sich nicht auf die Geburtenfrage über-





tragen lässt. Als oberstes Ziel der Familienpolitik wird das Wohlbefinden von Kindern und Eltern betont – und nicht die demografische Entwicklung oder Interessen der Wirtschaft. Inhaltlich sollte sie sich am Dreiklang Zeit, Geld und Infrastruktur orientieren und auf eine kohärente und widerspruchsfreie Umsetzung der Maßnahmen achten sowie sich am Primat der Gleichstellung orientieren. Als konkrete Reformvorschläge werden die Einführung einer Kindergrundsicherung, der Ausbau von Familienzeitmodellen und kommunal verankerte Zentren für Familien diskutiert.

Norbert F. Schneider; Sabine Diabaté; Detlev Lück; Christine Henry-Huthmacher. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.), Sankt Augustin Juni 2014

Familienleitbilder in Deutschland.

Ihre Wirkung auf Familiengründung und Familienentwicklung

Angesichts der seit Jahrzehnten niedrigen Geburtenrate stellt sich die Frage nach den Vorstellungen und Leitbildern, die junge Leute heute von Familie haben. Welche Idealvorstellungen haben sie von Familie? Bestehen typische kulturelle Muster für ein Familienleben

in Deutschland? Diesen Fragen geht die Publikation auf der Basis einer Studie des BiB zu Familienleitbildern in Deutschland nach. Dabei stellt sie zunächst die Frage, was unter Familienleitbildern zu verstehen ist, bevor sie gegenwärtige Familienleitbilder in Ost- und Westdeutschland im europäischen Vergleich analysiert und daraus

Folgerungen für eine zukünftige Familienpolitik und den weiteren öffentlichen Diskurs ableitet. (Text: KAS, BiB)



Download des Bandes unter

<http://www.kas.de/wf/de/33.38060/>

Vorträge

Prof. Dr. Norbert F. Schneider diskutiert im Bundesinnenministerium über die Erfahrungen und Erwartungen der Baby-Boomer

Im Jahr 1964 wurde ein Höchststand an Geburten gezählt, der so im Laufe der Bundesrepublik nie wieder erreicht wurde. So ging die Geburtenrate ab 1965 kontinuierlich zurück und blieb bis heute auf einem konstant niedrigen Niveau. Grund genug für den Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, neun Vertreter des Geburtenjahrgangs 1964 zu einem Gespräch in das Innenministerium zu laden, um dort über ihre Erfahrungen als Generation „Baby-Boomer“ sowie ihre künftigen Erwartungen und Perspektiven zu diskutieren. Wissenschaftlich begleitet wurde die Diskussion vom Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, sowie Prof. Dr. Axel Börsch-Supan vom Münchener Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik. Der Bundesinnen-

minister wies vor allem auf die große Bedeutung der Baby-Boomer hin – sei es am Arbeitsplatz, in der Familie oder in der Zivilgesellschaft. In der Diskussion stand vor allem das Thema Generationenbewusstsein im Mittelpunkt, wobei es hier vor allem um einen Gedankenaustausch über die gesellschaftlichen Veränderungen durch den demografischen Wandel ging.

Arbeitskreis Ökologie und Ökonomie der Landtagsfraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ in Bayern zu Gast im BiB

Am 22. Juni 2014 hatte das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung den Arbeitskreis „Ökologie und Ökonomie“ der Landtagsfraktion der grünen Partei in Bayern zu Gast. Die 19-köpfige Delegation machte auf einer dreitägigen Informationsreise durch Hessen auch in Wiesbaden Halt, um mit dem Direktor des BiB, Prof. Schneider, über die demografische Entwicklung zu sprechen. Die

Gruppe aus München, die aus acht Parlamentariern und elf Mitarbeitern bestand, interessierte sich vor allem für die Bevölkerungsentwicklung in Bayern. Der Kontakt zur Delegation war bereits im Februar zustande gekommen, nachdem Prof. Schneider im Rahmen der Akademiegespräche im Bayerischen Landtag einen Vortrag mit dem Titel „Boomtown München – Ödnis auf dem Land“ gehalten hatte.

Während der rund 90 Minuten, in denen der Direktor des BiB den Besuchern aus der bayerischen Landeshauptstadt Rede und Antwort stand, wurde die ganze Palette bevölkerungspolitischer Themen angesprochen. Diese reichte von der Zuwanderung und dem Bedarf an Arbeitskräften bis zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Auch die Alterung oder die räumlichen Diskrepanzen innerhalb Bayerns in Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung wurden diskutiert. Mit zahlreichen Beispielen aus anderen Bundesländern und dem Blick in europäische Nachbarstaaten ordnete Prof. Schneider die Entwicklung in Bayern vergleichend ein, so dass Gemeinsamkeiten und Unterschiede sichtbar wurden.



Wie geht es demografisch weiter in Bayern? Eine Gruppe Abgeordneter der Grünen im Bayerischen Landtag informierte sich im BiB über bevölkerungspolitische Themen. Der Direktor des BiB, Prof. Schneider (in der Bildmitte), betonte vor allem die Bedeutung regionaler Disparitäten für die Bevölkerungsverteilung. (Bild und Text: C. Fiedler, BiB)

Silvia Ruppenthal; Stine Waibel:

Die Konsequenzen von beruflicher Mobilität und die Folgen transnationaler Bildungsmigration

Mit der Frage, welche Bedeutung die zunehmende Internationalisierung von Universitäten für Arbeitsprozesse und Berufsanforderungen im akademischen Bereich hat, befassten sich Wissenschaftler/innen vom 26. bis 28. Juni 2014 auf der Konferenz zum Thema „Academic Mobility: Challenges of Internationalization“ des Zen-

trums für interkulturelle Studien der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz. Neben zahlreichen Experten aus dem In- und Ausland waren die Mitarbeiterinnen des BiB, Silvia Ruppenthal und Stine Waibel, mit Beiträgen vertreten.

Zunächst gab Frau Ruppenthal einen allgemeinen Überblick über Vielfalt, Ursachen und Konsequenzen nationaler und internationaler räumlicher Mobilität auf Basis der Ergebnisse der europaweiten Studie „Job Mobilities and Family Lives in Europe“ und einer Studie zu „Mobilitätskompetenzen im Auswärtigen Dienst“. Sie wies darauf hin, dass Mobilität die Menschen in unterschiedlicher Weise beeinflusst. Während manche Mobilität selbstverständlich in ihren Alltag integrieren, wirkt sich eine hohe Mobilität für andere negativ auf Gesundheit, subjektives Wohlergehen und das soziale Leben aus.

Im Fokus des Vortrags von Stine Waibel stand die Frage, ob die transnationale Mobilität von jungen Menschen während der Schule, der Ausbildung oder des Studiums nennenswerte Konsequenzen für ihren beruflichen Werdegang hat. Sie ging davon aus, dass transnationale Mobilität mittlerweile eine entscheidende Komponente der Ausbildungswege junger Menschen darstelle – gerade vor dem Hintergrund einer globalisierten Wirtschaft. Die empirische Forschung zur Frage, welche Auswirkungen Bildungsmigration auf die berufliche Karriere habe, befinde sich derzeit allerdings noch in einem frühen Stadium, betonte Frau Waibel. Ein systematischer Blick auf die vorhandene Literatur lasse keine Rückschlüsse darüber zu, ob Bildungsmobilität sich positiv oder negativ auf dem Arbeitsmarkt verwerten lässt. Zudem beziehe sich die Forschungsliteratur hauptsächlich auf die Mobilität von Universitätsstudenten, so dass gegenwärtig keine Aussagen zu anderen relevanten Gruppen transnationaler Bildungsmigranten wie zum Beispiel Auszubildenden, Praktikanten oder Trainees möglich seien.

Frank Micheel: Unruhestand?

Erwerbstätigkeit zwischen 55 und 70 Jahren

Angesichts der demografischen Entwicklung wird für Betriebe und Belegschaften Flexibilität bei der Lebensarbeitszeit wichtiger, zumal eine wachsende Zahl Erwerbstätiger auch im Ruhestand weiter arbeiten möchte. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Erschließung von Alterspotenzialen an Bedeutung, wie Frank Micheel beim



23. Fortbildungstag für Sozialmedizin der Sozial- und Arbeitsmedizinischen Akademie Baden-Württemberg e.V. (SAMA) in seinem Vortrag am 12. Juli 2014 betonte. Auf der Basis von Daten des BiB-Surveys „Transitions and Old Age Potential (TOP)“ zeigte er, dass sich unter den Befragten fast jeder zweite Erwerbstätige und rund jeder vierte Ruheständler vorstellen kann, im Ruhestand noch einmal einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Allerdings nehmen die Vorstellungen über die Dauer der Erwerbstätigkeit mit steigendem Alter ab. Die Bedingungen für eine Erwerbsarbeit im Ruhestand zeigen keinen statistischen Zusammenhang mit der Bildung, wenn der Einfluss nach Geschlecht kontrolliert wird. Gesundheitliches Befinden und Erwerbsarbeit im Ruhestand stehen hingegen in einem positiven Zusammenhang. Des Weiteren erhöhe die Möglichkeit, im Unternehmen weiterzuarbeiten, die Wahrscheinlichkeit einer Beschäftigung im Ruhestand, betonte Micheel. Die Auswertung der Daten zeige, dass gegenwärtig nicht von einem flächendeckenden „Unruhestand“ ausgegangen werden könne. Dies gelte lediglich für selektive Gruppen. Es gebe Potenziale zu einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit im Alter, die allerdings an individuelle und betriebliche Rahmenbedingungen geknüpft seien. Gestaltungsmöglichkeiten für eine Weiterbeschäftigung im Rentenalter gebe es sowohl auf Seiten der Politik und der Betriebe als auch bei den Arbeitnehmern, konstatierte Micheel.

Demografisches Wissen aus erster Hand: Dr. Stephan Kühntopf zu Gast in der Schule

Seit dem Jahr 2013 beteiligen sich Wissenschaftler aus der demografischen Forschung an der Forschungsbörse des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Ziel der Börse war es zu Beginn im Jahr 2010, Wissenschaftler/innen bundesweit in die Klassenzimmer zu holen und den Schülern Einblick in die Forschung zu geben. Aus diesem Anlass besuchte Dr. Stephan Kühntopf daher am 03. Juni 2014 die Max-Weber-Schule in Sinsheim, um dort über das Thema „Demografischer Wandel: Entwicklung und Herausforderungen“ zu referieren. Neben allgemeinen Tendenzen im Zuge des Wandels wie der Entwicklung der Geburten, der Sterb-

lichkeit und der Wanderungsbewegungen betrachtete er vor allem auch die Herausforderungen für die regionale Ebene. Dazu zähle sowohl die Sicherung der Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel öffentliche Dienstleistungen und die medizinische Versorgung, als auch die Stärkung der Wirtschaftskraft hinsichtlich des Arbeitskräftepotenzials, des Wirtschaftswachstums sowie der regionalen Nachfrage. Eine weitere regionale Herausforderung liege im Integrationsbedarf im Zuge steigender Zuzüge aus dem Ausland und somit auch eines Anstiegs des Anteils der Menschen mit Migrationshintergrund. In diesem Handlungsfeld herrsche speziell im Rhein-Neckar-Kreis neben dem Ausbau der seniorenspezifischen Infrastruktur der größte Handlungsbedarf, analysierte Dr. Kühntopf.

Frank Swiaczny: Integration gewinnt an Bedeutung

Vor dem Hintergrund der künftigen demografischen Entwicklung wird die Bedeutung der Integration in die deutsche Gesellschaft immer wichtiger, betonte Frank Swiaczny bei der Preisverleihung der „Initiative für Integration in Rheinland-Pfalz“ des Senders „bigFM“ durch die rheinland-pfälzische Integrationsministerin Irene Alt am 25. Juni 2014 in Mainz. In seiner Key-Note-Rede gab er einen Überblick über die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland zwischen 1950 und 2012 und wies darauf hin, dass der demografische Wandel kein deutscher Sonderfall sei, denn räumlich und zeitlich konstante Bevölkerungsgrößen seien eine Ausnahme. Neben einer niedrigen Geburtenrate und steigender Lebenserwartung sei die Entwicklung in Deutschland in den letzten Jahren vor allem durch eine Heterogenisierung der Bevölkerung gekennzeichnet. So stieg der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund zwischen 2005 und 2012 um 11 Prozent an. Unterschiedliche Lebensläufe und Biografien werden durch den gesellschaftlichen Wandel heute gesellschaftlich eher akzeptiert und somit seien vielfältigere Wege der Integration als in früheren Zeiten möglich. Dabei biete eine „bunte“ Gesellschaft auch attraktivere Optionen für die Integration, so Swiaczny.

Bernhard Gückel, BiB

Comparative Population Studies – News



Heft 02/2014 zum Thema **“Strategien zur Bewältigung lokaler Herausforderungen als Folge von Bevölkerungsrückgang und -alterung – Fallbeispiele aus Deutschland“** ist erschienen

Der thematische Schwerpunkt des Heftes befasst sich mit unterschiedlichen Aspekten der Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs und der -alterung in Deutschland. Neben neuen Erkenntnissen zur Binnenmigration werden Herausforderungen neuer kommunaler Handlungsfelder zur Bestandsentwicklung von Wohngebieten sowie Strategien zur Sicherung von Lebensqualität und die ökonomische Situation des Bildungssystems in schrumpfenden und alternden Regionen vorgestellt.

Die Beiträge im Einzelnen:

Paul Gans, Claus Schlömer:

Editorial zum Themenheft „Strategien zur Bewältigung lokaler Herausforderungen als Folge von Bevölkerungsrückgang und -alterung – Fallbeispiele aus Deutschland“

Nikola Sander:

Internal Migration in Germany, 1995-2010: New Insights into East-West Migration and Re-urbanisation

Der Artikel untersucht die Entwicklung der Binnenwanderung in Deutschland im Zeitraum zwischen 1995 und 2010 und bietet auf der Basis von Daten der „German Internal Migration Database“ ein umfassendes Bild der räumlichen Verteilung der Migration in Deutschland und wie sie sich in dieser Periode verändert hat. Die Ergebnisse zeigen, dass die Intensität der Wanderung zwischen den Regionen in Ostdeutschland höher liegt als in Westdeutschland mit dem Ergebnis, dass es im Zuge von Suburbanisierungstendenzen in der letzten Dekade zu einer wachsenden Bevölkerungskonzentration in Berlin, Leipzig und Dresden gekommen ist. Dieser Trend wurde an-

getrieben von jungen Menschen auf der Suche nach Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeitsplätzen sowie einem Stopp des Langzeittrends der Abwanderung von Familien in die außerstädtische Peripherie.

Philipp Zakrzewski, Andrea Berndgen-Kaiser, Runrid Fox-Kämper, Stefan Siedentop:

Herausforderungen westdeutscher Einfamilienhausgebiete der Nachkriegszeit. Bestandsentwicklung als neues Handlungsfeld für Kommunen

Die in den 1950er bis 1970er Jahren in Westdeutschland entstandenen Einfamilienhausgebiete werden zukünftig verstärkt von soziodemografischen Veränderungsprozessen betroffen sein. Der auf den Ergebnissen eines Forschungsprojekts der Wüstenrot-Stiftung basierende Beitrag thematisiert die allgemeinen demografischen und sozioökonomischen Ursachen dieser Entwicklung und charakterisiert die aktuelle Situation in ausgewählten Fallstudiengebieten. Zudem werden Fragen zum Umgang mit dieser Problematik aufgeworfen und erste Überlegungen zu kommunalen Eingriffsmöglichkeiten in die Bestandsentwicklung von Einfamilienhausgebieten aufgezeigt. Der Beitrag stellt dazu einen strategischen Handlungsrahmen vor und präsentiert ein Bündel von möglichen kommunalen Maßnahmen.

Annett Steinführer, Patrick Küpper, Alexandra Tautz:

Anpassen und Bewältigen: Strategien zur Sicherung von Lebensqualität in einer schrumpfenden Altersregion

Der Beitrag untersucht, welche Anpassungs- und Bewältigungsstrategien zur Sicherung von Lebensqualität in einer schrumpfenden Altersregion existieren und auf welche Ressourcen lokale Entscheidungsträger und die ältere Bevölkerung dabei zurückgreifen. Nach einer Einbettung in die raumwissenschaftliche Debatte um den demografischen Wandel und seine Folgen wird eine handlungstheoretische Unterscheidung zwischen Anpassung und Bewältigung eingeführt.



Download des Heftes unter

<http://www.comparativepopulationstudies.de>



Walter Bartl:

Ökonomisierung des Bildungssystems in schrumpfenden Regionen? Demografische Reagibilität von Bildungsnachfrage und -angebot auf verschiedenen Stufen des Bildungssystems

Wird der absehbare demografische Wandel zu Einsparungen im Bildungssektor führen? Diese Frage wird in einer rückblickenden Analyse anhand von Daten aus Sachsen-Anhalt untersucht, dem Bundesland mit dem stärksten Bevölkerungsrückgang seit der Wiedervereinigung. Die Ergebnisse zeigen, dass man angesichts sinkender Kohortengrößen in den meisten Teilbereichen

des Bildungssystems Ökonomisierungsstrategien beobachten kann. Diese Strategien sind jedoch nicht immer (unmittelbar) auf die demografische Schrumpfung zurückzuführen. Zudem gibt es erhebliche Unterschiede in der demografischen Reagibilität von Bildungsnachfrage und -angebot. In dieser Hinsicht bedeutsame Einflussfaktoren sind verschiedene Dimensionen der Bildungsgovernance und die ökonomischen Bedingungen in der jeweiligen Region.

(Texte: Die Autoren/Autorinnen)

Veranstaltungen

9. Demographie-Kongress „Best Age“ am 27. und 28. August 2014 in Berlin

Was hält unsere Gesellschaft zusammen? Diese Frage wird angesichts des demographischen Wandels immer drängender. Die Einwohnerzahl Deutschlands wird sinken. Am deutlichsten schrumpft die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, während die Zahl der Älteren in den nächsten Jahren massiv ansteigt. Im Jahr 2030 wird rund jeder vierte Deutsche über 65 Jahre alt sein.

Die höhere Lebenserwartung ist mit deutlich verbesserten Gesundheits- und Lebenschancen verbunden. Das bildet ein großes gesellschaftliches Potential: Ältere Menschen übernehmen in der Familie Verantwortung bei der Betreuung der Enkelkinder, bei der Pflege ihrer Angehörigen und engagieren sich ehrenamtlich für die Gesellschaft. Auf der anderen Seite wird es aber auch einen Anstieg der älteren Menschen geben, die Unterstützung und Pflege brauchen. Eine dringende Zukunftsaufgabe: Es gilt, die Selbstständigkeit bis ins hohe Alter zu gewährleisten, Wohnungen und Infrastrukturen barrierearm umzubauen, Plätze im betreuten Wohnen bereitzustellen und „sorgende Gemeinschaften“ zu schaffen, in denen sich ältere Menschen aktiv einbringen können und gegenseitige Hilfe erfahren. Auch das Pflegesystem muss entsprechend reformiert werden. In diesem Zusam-

Das Miteinander gestalten

Zusammenhalt, Generationen, Vereinbarkeit



menhang spielen Stichworte wie Pflegebedürftigkeitsbegriff, Pflegefachkräfte oder Familienpflegezeit eine wesentliche Rolle.

Viele junge Menschen wollen Kinder und sich beruflich verwirklichen. Zu oft werden sie derzeit noch gezwungen, sich für eines zu entscheiden und zu häufig fällt die Entscheidung dabei gegen Kinder aus. Die weitere Flexibilisierung der Arbeitswelt wird eine zentrale Rolle dabei spielen, wie zukunftsfähig sich die deutsche Gesellschaft aufstellt. Der diesjährige 9. Demographie-Kongress „Best Age“, an dem auch Wissenschaftler des BiB beteiligt sind, möchte zu diesen Entwicklungen ein thematisch breit angelegtes Forum bieten.



Weitere Infos zum Kongress unter

<http://www.best-age-conference.com>

Buch im Blickpunkt

Marina Rupp; Olaf Kapella; Norbert F. Schneider (Hrsg.): Die Zukunft der Familie. Anforderungen an Familienpolitik und Familienwissenschaft

Wie wird sich die Lebensform Familie künftig entwickeln? Wodurch wird sie beeinflusst und welche Anforderungen ergeben sich daraus für die Familienpolitik und -wissenschaft? Diese Fragen stehen im Fokus des Bandes, der auf Ergebnissen und Beiträgen des vierten europäischen Fachkongresses 2013 in Bamberg basiert. Dabei wurden vor allem die demografische Entwicklung, die Diversifizierung familialer Lebensformen sowie die Einflussfaktoren auf die Familienentwicklung diskutiert.

Galt in den 1950/1960er Jahren das traditionelle Familienmodell der bürgerlichen Kleinfamilie noch als Norm, so waren die folgenden Jahrzehnte im Wesentlichen charakterisiert durch die Herausbildung einer Vielfalt von Formen des Familienlebens, die sich als „tendenziell legitime Optionen“ durchgesetzt haben, wie Elisabeth Beck-Gernsheim in ihrem Beitrag in Teil 1 darstellt.

Individualisierung und die Auswirkungen auf die Familie

Sie zeigt darin, welche Folgen der Prozess der Individualisierung für den Bereich der Familie hat und wie sich das Leitbild der Normalfamilie zur Pluralisierung von Familien- und Lebensformen weiterentwickelt hat. Dieser Wandel hat Folgen für die Familienpolitik und das Familienrecht, da das selbstverständliche Leitmodell der Familie abhandengekommen ist, so dass nun um den politischen und rechtlichen Umgang mit neuen Familienmodellen gerungen wird. Dabei kritisiert sie vor allem, dass in der Familienpolitik Anpassungen, Korrekturen und Nachbesserungen vorgenommen werden, die kaum aufeinander abgestimmt werden und dazu den unterschiedlichen Prioritäten wechselnder Regierungen unterworfen sind. Im Resultat kommt es dann zu einem Spannungsverhältnis in der Familienpolitik zwischen traditionellen und neuen Vorstellungen.

Der Beitrag der Familienpolitik zur Demografievorsorge

Im 2. Teil des Bandes stehen die Chancen und Risiken dieser sich wandelnden Rahmenbedingungen im Fokus. So stellen Wido Geis, Hans-Peter Klös und Susanne Seyda vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln zunächst die Frage, wodurch Familienentwicklung eigentlich beeinflusst wird. Sie diskutieren, welche unterschiedlichen volkswirtschaftlichen Wirkungen von familienpolitischen Instrumenten entlang der drei expliziten Zielebenen Geld, Zeit und Infrastruktur ausgehen können. In Verbindung damit steht die Frage, welche Zusammenhänge zwischen diesen Maßnahmen und der Abfederung der Folgen des demografischen Wandels bestehen. Sie betonen, dass Familienpolitik einen bedeutenden Beitrag zur Demografievorsorge in Deutschland leisten kann, wenn es zu einer engen Verzahnung der Maßnahmen kommt, um widersprüchliche Effekte zu vermeiden. Besonders effektiv ist hierbei die Bereitstellung einer flächendeckenden und bedarfsgerechten Betreuungsinfrastruktur. Dies wirke sich auch im Hinblick auf die Demografievorsorge positiv aus, weil es jungen Paaren so leichter fällt, sich für Kinder zu entscheiden.

Skeptisch sehen die Autoren monetäre und steuerliche Leistungen für Familien, weil sie ungünstige Wirkungen entfalten können – insbesondere, wenn sie sich am Familienmodell des Alleinverdieners orientieren. Die Politik müsste der Demografievorsorge vor allem in längerfristiger Perspektive bei der Politikgestaltung und -evaluation ein größeres Gewicht einräumen und zwar nicht nur im Bereich der Familienpolitik.

Berufliche Mobilität und die Folgen für die Familie

Welche Folgen berufliche Mobilität für das Familienleben hat, zeigt Gerardo Meil am Beispiel der Aufteilung



Das Buch:
Marina Rupp; Olaf Kapella; Norbert F. Schneider:
Die Zukunft der Familie. Anforderungen an Familienpolitik und Familienwissenschaft
Verlag Barbara Budrich,
Opladen 2014
ISBN 978-3-8474-0170-4



der Hausarbeit. Demnach führt zirkuläre Mobilität bei Familienvätern zur Rückkehr zu traditionellen Rollenmustern (insbesondere bei der Verteilung der Hausarbeit) in der Frühphase des Familienlebens, wenn die Kinder noch klein sind. Dieser Effekt schwindet, wenn die Kinder größer sind oder das Paar keine Kinder hat. Ist die Partnerin hingegen mobil, so zeigen sich egalitäre Effekte auf das Familienleben. Hier wird ein stärkeres Engagement der Männer im Haushalt erkennbar – dies gilt allerdings nicht für die Kinderfürsorge.

Mit einer speziellen Form der beruflichen Mobilität, nämlich internationalen Entsendungen und den Folgen für die Angehörigen, befasst sich Maria M. Bellinger in ihrer Analyse. Auf der Basis einer vom BiB und dem Gesundheitsdienst des Auswärtigen Amtes durchgeführten Studie zu Risiken und protektiven Faktoren bei der Auslandsrotation interessiert sie vor allem die Situation der Kinder. Neben Vorteilen, wie zum Beispiel Fremdsprachenkenntnissen und weltweiten sozialen Kontakten, weist sie allerdings auch auf Risiken und Belastungen für die Kinder wie unter anderem eine niedrigere gesundheitsbezogene Lebensqualität im Vergleich zu gleichaltrigen Kindern der deutschen Bevölkerung hin. Aus diesem Grund schließt der Beitrag auch mit Handlungsempfehlungen für die Eltern, um die Kinder vor negativen Folgen von Umzügen zu schützen.

Wie sich Migration auf Familien auswirkt beschreibt Paloma Fernández de la Hoz in ihrer Untersuchung am Beispiel von illegal im Großraum Wien lebenden Kosovarinnen und Kosovaren. Ausgehend von der Feststellung, dass dem Familienleben in der Migrations- und Integrationsforschung noch immer wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird, widmet sie sich den Merkmalen transnationalen Familienlebens.

Möglichkeiten und Grenzen einer künftigen Familienwissenschaft

Welche Herausforderungen für die Familienwissenschaften und -soziologie ergeben sich aus veränderten und vielfältigeren Familienformen? Diese Frage steht im Mittelpunkt des 3. Teils des Bandes. Zunächst betrachtet Günter Burkart die Anforderungen für die Theoriebildung. Er plädiert in seinem Beitrag für einen stärkeren Anschluss der soziologischen Familienforschung an allgemeine sozialwissenschaftliche Theorien. Zudem muss sich die Familienforschung des 21. Jahrhunderts im Zuge

der Auswirkungen von Globalisierung und Migrationsbewegungen sehr viel stärker als bisher mit transkulturellen Familienformen und -modellen auseinandersetzen und die Lebensform Familie auch in anderen Kulturkreisen untersuchen.

Mit den Vor- und Nachteilen der vergleichenden Analyse familienpolitischer Maßnahmen in der Forschung befasst sich Olivier Thévenon. Zugleich zeigt er Nutzen und Beschränkungen internationaler Vergleiche im Hinblick auf den Zusammenhang von Familienpolitik, Fertilität und Frauenerwerbstätigkeit auf. Seine Ergebnisse bestätigen, dass die Analyse des Einflusses der Familienpolitik auf die Fertilität und die Frauenerwerbstätigkeit in letzter Zeit große Fortschritte gemacht hat. Es gilt allerdings, verstärkt Forschungsbemühungen zu fördern, die die Beziehungen zwischen den Unterschieden auf der Ebene der Länder und die Heterogenität innerhalb der jeweiligen Länder verdeutlichen. Darüber hinaus sollten für ein besseres Verständnis der Unterschiede zwischen den Ländern Informationen auf der Makro- und Mikroebene integriert und hinsichtlich der Familienformen und zwischen den Regionen im Zeitverlauf betrachtet werden.

Hans-Peter Blossfeld richtet in seinem Beitrag den Blick auf den Einfluss der Familie auf die Bildungsverläufe der Kinder und präsentiert dazu ausgewählte Befunde aus der Bildungsforschung. Demnach spielt die Familie in diesem Kontext eine besondere Rolle, da hier nicht nur wichtige Sozialisationsprozesse stattfinden, sondern auch zentrale Bildungsentscheidungen getroffen werden. Familien verhalten sich seiner Ansicht nach keineswegs passiv bei den Bildungsreformen, sondern versuchen durch strategisches Verhalten das Optimum für ihre Kinder zu tun. Da das Bildungssystem vorgibt, wann im Lebenslauf Bildungsentscheidungen von den Familien getroffen werden müssen, plädiert der Beitrag für eine möglichst lange Öffnung des Systems und für eine Sicherstellung der Anschlussfähigkeit von Bildungsabschlüssen. In der Bildungspolitik wird zudem ein umfassender Ansatz benötigt, der auch die Familien benachteiligter Gruppen stärker in die Bildungsförderung einbezieht.

Familienberichterstattung im politischen Prozess

Wie es um die Lage der Familie in Deutschland bestellt ist, wird seit 1968 in regelmäßigen Abständen in Form von Familienberichten kommuniziert. Irene Gerlach untersucht daher in ihrem Beitrag, welche Rolle diese Be-



richterstattung für die Politik hat. Ihr vergleichender Blick richtet sich dabei nicht nur auf Deutschland, sondern auch auf Österreich und Frankreich. Neben der Darstellung der historischen Entwicklung der Familienberichterstattung geht sie dazu Fragen der Erhebungsbreite und -prozesse nach, diskutiert die benutzten Indikatoren und prüft, in welcher Form die Berichte in den politischen Prozess einfließen.

Ihr Vergleich offenbart, dass in der Familienpolitik in den drei untersuchten Staaten dem Familienberichts-wesen für die Dokumentation der Situation von Familien und der Politikformulierung eine wichtige Rolle zukommt, wenngleich die Funktionen und Wirkungsgrade in der Familienpolitik unterschiedlich sind. Zudem unterscheiden sich auch die institutionalisierten Rahmenbedingungen bei der Umsetzung der Berichte im politischen Prozess.

Neuere Entwicklungen der Methodik in der Familienwissenschaft

Welche neueren methodischen Ansätze gibt es beim Erhebungszugang und der Repräsentativität der Daten? Mit dieser Frage beschäftigen sich drei Beiträge, wobei Dorett Funcke zunächst das Konzept der „Fallrekonstruktiven Familienforschung“ am Beispiel einer unkonventionellen Familienform (hier: Ein gleichgeschlechtliches Frauenpaar) vorstellt. Bei diesem Ansatz geht es nun darum, eine Familie in ihrer eigenen Strukturiertheit und darin, wie diese Strukturiertheit sich geschichtlich in der Auseinandersetzung mit objektiv gegebenen Vorbedingungen gebildet hat, zu rekonstruieren und daraus eine Theorie zu bilden. Mithilfe verschiedener Datensorten stellt die Autorin dann die Komplexität einer auf verschiedenen Ebenen angelegten „Fallrekonstruktiven Familienforschung“ vor.

Probleme der Erhebung per Telefon

Sozialwissenschaftliche Studien basieren oftmals auf telefonischen Befragungen, die gewisse Anforderungen hinsichtlich Auswahl und Repräsentativität erfordern. Seit Mitte der 1990er Jahre hat beispielsweise GESIS einen Auswahlrahmen bei der Ziehung von Festnetznummern entwickelt. Da mittlerweile ein wachsender Anteil der Haushalte nur noch über das Mobilfunknetz erreichbar ist, bedarf es methodischer Anpassungen, um zu vermeiden, dass diese Haushalte bei Festnetzbefragungen

keine positive Auswahlchance haben. Michael und Sabine Häder gehen in ihrem Beitrag auf diese Problematik ein und stellen Lösungen mittels eines Dual-Frame-Ansatzes vor. Denkbar sind ihrer Meinung nach neben telefonischen auch postalische Befragungen sowie Erhebungen über das Internet.

Probleme bei der Verwendung von Online-Panels

Welche Möglichkeiten und Grenzen Online-Panels – d.h. wiederkehrende Erhebungen im Internet zum gleichen Thema, um Veränderungen über Zeitspannen hinweg zu untersuchen – haben, präsentiert Marije Oudejans am Beispiel des niederländischen „Longitudinal Internet Studies for the Social Sciences (LISS)-Panel“, der auch Daten zu Familie und Haushalt erhebt. Ein Vorteil des Panels liegt in seinem Längsschnittcharakter und den geringeren Kosten im Vergleich zu direkten Interviews. Dazu besteht das Panel aus Haushalten und nicht aus Einzelpersonen, so dass es möglich ist, Einblicke zu familienbezogenen Fragestellungen aus verschiedenen Perspektiven im Rahmen eines Haushaltes zu betrachten. Die Grenzen eines solchen Online-Panels liegen in der Schwierigkeit, die Komplexität der Familienstrukturen überhaupt darzustellen.

„Doing Family“ und vernachlässigte Aspekte

Neben den methodischen Themen widmen sich drei Beiträge den „vernachlässigten Perspektiven von Doing Family“. So analysiert Maks Banens den Weg gleichgeschlechtlicher Elternpaare in Europa auf dem Weg zu mehr Akzeptanz und weist auf den Fakt hin, dass sie heute eine bedeutsame soziale Realität sind. In einem Überblick zeigt er, wie mit Homosexualität in verschiedenen Regionen Europas sozial und politisch umgegangen wird. Dazu präsentiert er soziodemografische Fakten zu gleichgeschlechtlichen Familienkonstellationen im europäischen Kontext. Unterschieden werden zwei Phasen auf dem Weg zur „Famialisierung der Homosexualität“: Die erste Phase vom 19. Jahrhundert bis in die 1960er Jahre war gekennzeichnet durch einen Prozess der Individualisierung der Homosexualität und der zweite Abschnitt ab 1960 brachte allmählich die schrittweise Durchsetzung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften (mit oder ohne Kinder) in Europa.



Die Sache mit dem „erotischen Kapital“ bei Paaren

Dass „erotisches Kapital“ ein vernachlässigter Faktor in der Paarforschung ist, belegt Catherine Hakim in ihrem Beitrag. Demnach richten bisherige Forschungsansätze bei der Frage nach Indikatoren für Macht in Partnerschaften den Blick auf die relativen Bildungs- und Einkommensniveaus. Allerdings sind nach Ansicht der Autorin die Themen „Sexualität“ und „Fertilität“ ebenso wichtig bzw. wichtiger. Sie präsentiert eine Theorie des „erotischen Kapitals“ als eine vierte Form von persönlichem Kapital – neben Humankapital, sozialem sowie ökonomischem Kapital. Unter „erotischem Kapital“ wird eine „Synthese aus sozialer und physischer Anziehungskraft“ verstanden, die auf das Umfeld (vor allem auf das andere Geschlecht) höchst anziehend wirkt. Sie prophezeit, dass das „erotische Kapital“ im 21. Jahrhundert im öffentlichen und privaten Leben an Bedeutung gewinnen wird.

(Mediale) Kommunikation in der Familie

Ausgehend von der These einer mittlerweile fortgeschrittenen Mediatisierung von Kultur und Gesellschaft betrachtet Uwe Hasebrink die „kommunikative Figurati- on von Familien“ im Hinblick auf Medien, Kommunikation und Informationstechnologie im Familienalltag. Er diskutiert aus der Sicht der Kommunikatonswissenschaft

unter anderem, welche Rolle Medien wie das Internet, Handys oder der Fernseher im Familienalltag spielen und wie sich dadurch das kommunikative Miteinander in der Familie verändert bzw. wie sich die Familien kommunikativ konstituieren. Anhand zweier Studien kommt er zu dem Schluss, dass der familiäre Alltag und die medienbezogenen Praktiken der Familienmitglieder eng verwoben sind. Für die Familienforschung ergibt sich daraus, dass Medien und Kommunikation in der Familie als Gegenstand nicht vernachlässigt werden sollten.

Fazit: Eine erfolgreiche Familienwissenschaft ist interdisziplinär ausgerichtet

Nicht nur bei der Familie als Lebensform gibt es mittlerweile Pluralität, sondern auch in der Familienforschung, wie die vielfältigen Forschungsansätze des Bandes zeigen. Dabei wird deutlich, dass die Erforschung der Zukunft der Familie zu neuen Forschungsgebieten führen wird, wie William Lay in seinem Abschlussbeitrag betont. So gibt es einen zum Beispiel neuen Bedarf im Bereich der Bioethik, in der Interdisziplinarität unabdingbar ist. Weiterhin ergeben sich neue Forschungsgebiete im Bereich der neuen Rollen in Partnerschaften und deren Einfluss auf die Partnerschaftsstabilität.

Bernhard Gückel, BiB

Impressum



Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung – Ausgabe 4/2014 – 35. Jahrgang

Schriftleitung: Prof. Dr. Norbert F. Schneider

Redaktion: Bernhard Gückel

Dienstgebäude: Friedrich-Ebert-Allee 4, 65185 Wiesbaden

Telefon: (0611) 75 22 35

E-Mail: post@bib.bund.de

Internet: www.bib-demografie.de

ISSN 1869-3458 / URN:urn:nbn:de:bib-bfa0420145

„Bevölkerungsforschung Aktuell“ erscheint alle 2 Monate. Die Publikation kann im Abonnement im PDF-Format bezogen werden. Anmeldungen bitte an bev-aktuell@bib.bund.de. Das Heft finden Sie auch auf der Homepage des BiB (www.bib-demografie.de). Nachdruck mit Quellenangabe gestattet (Bevölkerungsforschung Aktuell 4/2014 des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung). Belegexemplar erbeten.